

3	KURZ BERICHTET <i>Wer auch immer Kanzler wird ...</i>	BEREITSCHAFTS- POLIZEI	24
4	KOMMENTAR <i>Ein Jahr danach</i>	<i>Einsatz mit Spezialgerät</i>	
4/5	FORUM	AKTUELL	25
6	TITEL <i>Zeit der Überfälle – globale Terrorgefahr nach dem 11. September</i>	<i>Gespräch mit Bundeswehrverband</i>	
16	<i>Terrorismusbekämpfung in Europa</i>	JUNGE GRUPPE <i>Vorgestellt: Sascha Göritz</i>	
21	ZWEIGETEILTE LAUFBAHN <i>Pokalsieg für Hessen</i>	INFORMATIONSS- UND KOMMUNIKATIONS- TECHNIK	29
21	<i>Der Weg des GdP-Patents</i>	<i>Wie sicher ist das digitale Funksystem?</i>	
		BUNDESTAGSWAHL 2002 <i>Wahl-Hilfe</i>	30
		<i>Gezielt gefragt – Antworten der Parteien auf GdP-Fragen</i>	37

Titelbildgestaltung: Rembergt Stolzenfeld

Titelbildgestaltung unter Verwendung der Seite 21
aus: Copyright Brockhaus-Enzyklopädie in 24
Bänden, 19. Auflage, Band 22, F.A. Brockhaus
GmbH, Mannheim 1993.



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
194.153 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEI LITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 9 • 51. Jahrgang 2002 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 211
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,86 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Verlag:
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Manfred Wallbrecher, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 1. Januar 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

Nachrufe



Gerd Höllige
01.12.1963 – 28.07.2002

Tief betroffen trauern wir um Polizeikommissar Gerd Höllige.

Er wurde am Sonntagnachmittag, dem 28.07.02, während eines Einsatzes in Bonn-Bad Godesberg kaltblütig niedergeschossen – ermordet in einer Situation, in der er Rechtsfrieden herstellen wollte.

Gerd Höllige begann seinen

Dienst beim Bundesgrenzschutz in Dillenburg. 1987 wechselte er zur nordrhein-westfälischen Polizei in Bonn.

Ob im Personen- und Objektschutz, auf der Bonner Einsatzleitstelle oder in seiner Dienstgruppe in der Hauptwache der Polizeiinspektion Mitte – er genoss hohes Ansehen und große Sympathie, war beliebt und geschätzt. Er hinterlässt als Kollege und Freund eine schmerzliche Lücke.

Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen – ganz besonders seiner Lebensgefährtin mit ihren beiden Kindern.

Wir werden Gerd Höllige ein würdiges Andenken bewahren.

*Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand*



Manuela Markowski
27.10.1971 – 11.08.2002

Wir trauern um die Polizeibeamtin Manuela Markowski aus Wessin (Mecklenburg-Vorpommern). Sie kam bei einem tragischen Verkehrsunfall auf der Fahrt zum Hochwassereinsatz ums Leben. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Angehörigen – insbesondere ihrem Lebensgefährten. Wir werden auch Manuela Markowski ein würdiges Andenken bewahren.

*Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand*

Trauermarsch für den ermordeten Gerd Höllige



Am Trauermarsch für den ermordeten Kollegen Gerd Höllige nahmen u. a. der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens teil, der Bonner Polizeipräsident Wolfgang Albers und Oberbürgermeisterin Barbara Dieckmann, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg und der Kölner Polizeipräsident Klaus Steffenhagen. Foto: R. Lohscheller

Der Trauermarsch am 09. August in Bonn-Bad Godesberg vereinte Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Vertreter der GdP sowie der Landesregierung Nordrhein-Westfalens in ihrer tiefen Trauer um den ermordeten Polizeikommissar Gerd Höllige.

„Wir sind entsetzt, tief betroffen und auch zornig“, so der GdP-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Werner Swienty. „In den letzten

Jahren standen wir schon zu oft an den Gräbern unserer Kollegen und Kolleginnen.“ Er beteuerte, dass die GdP nicht aufhören werde, ihre berechtigten Forderungen nach einer zügigen Ausstattung und umfassenden Ausrüstung der Polizei zu formulieren. „Doch mehr noch: Wir alle, nicht nur die Polizei, müssen der wachsenden Brutalität entgegenreten.“

Mit einfühlsamen Worten würdigte auch der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens den bei Kollegen und Vorgesetzten geachteten und geschätzten Polizisten Gerd Höllige und sprach den Hinterbliebenen sein Mitgefühl aus. Gleichzeitig versprach er, „nichts unversucht zu lassen festzustellen, ob und wie die Eigensicherung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten verbessert werden kann.“

Der Personalratsvorsitzender der Bonner Polizei, Rolf Huck, wies in seiner Trauerrede darauf hin, dass die Gewaltbereitschaft allgemein zugenommen habe – auch gegenüber einschreitenden Polizeibeamten. „Hier sind die politisch Verantwortlichen besonders gefordert, über geeignete Maßnahmen zum besseren Schutz der Polizeibeamten nachzudenken. ... Es kann und darf nicht sein, dass körperliche Angriffe auf Polizeibeamte im dienstlichen Einsatz mit dem Hinweis bagatellisiert werden, dass dies zum Berufsrisiko eines Polizeibeamten gehört und Teil seines Gehaltes ist“, so Rolf Huck.

„Sicherheit ist Bürgerrecht“

Zu einem Vier-Augen-Gespräch empfing Bundeskanzler Gerhard Schröder den GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg am 8. August 2002 im Bundeskanzleramt. „Ein sehr offener Meinungsaustausch, in dem es insbesondere um unsere Positionen in den Bereichen Beamtenpolitik und innere Sicherheit ging“, so Konrad Freiberg unmittelbar nach dem Treffen.

In verbindlicher Art hatte der Bundeskanzler gleich zu Beginn des Gespräches betont: „Sicherheit ist Bürgerrecht. Sie zu garantieren ist Aufgabe der Polizei.“ Der Forderung Konrad Freibergs, die Rolle der Polizei müsse in der Gesellschaft angemessen bewertet werden, schloss sich der Bundeskanzler uneingeschränkt an. Darüber hinaus, so der Kanzler und Konrad Freiberg, müsse eine aufgabengerechte Ausstattung auch in Zukunft sichergestellt sein. Des Weiteren betonten beide übereinstimmend, die Privatisierung polizeilicher Aufgaben erreiche dort ihre Grenzen, wo in die Grundrechte der Bürger eingegriffen und hoheitliche Aufgaben wahrgenommen würden.

Rolle der Gewalt zurückdrängen

Einig waren sich die Gesprächspartner auch darin, dass jegliche Diskussionen über Einsätze der Bundeswehr im Innern schädlich seien: Die Polizei nehme ihre Aufgaben durchaus erfolgreich wahr; die Verwischung von verfassungsrechtlich vorgegebenen Kompetenzen würde die Effizienz beider Organe gefährden. „Für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ist die Polizei zuständig. Benötigen wir dabei Unterstützung, nutzen wir heute schon die personellen und technischen Möglichkeiten der Bundeswehr,“ stellte der GdP-Bundesvorsitzende noch einmal klar und informierte den Bun-

deskanzler über einige Beispiele aus der polizeilichen Praxis.

Mit Besorgnis äußerten sich der Bundeskanzler und der GdP-Vorsitzende über das in der Gesellschaft vorhandene Gewaltpotential: Alle maßgeblichen Kräfte seien aufgerufen, die Rolle der Gewalt in der Gesellschaft zurückzudrängen. Insbesondere junge Menschen müssten lernen, dass Gewalt kein Mittel der Konfliktlösung sei. Einen Beitrag hierzu leiste gegenwärtig u. a. die

Wer auch immer Kanzler wird...

... wichtig ist, die jeweiligen Positionen zu kennen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg nahm daher die Gelegenheit wahr, mit beiden Kandidaten intensiv ins Gespräch zu kommen.

besserten Erkenntnissen über die tatsächliche Sicherheitslage in Deutschland lobte Konrad



Bundeskanzler Gerhard Schröder und GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg kurz vor ihrem Gespräch im Bundeskanzleramt.

Kampagne „Schlag auf Schlag wird keiner erwachsen!“ der JUNGEN GRUPPE (GdP), so Konrad Freiberg. Bundeskanzler Schröder begrüßte dieses Engagement der Gewerkschaft der Polizei gegen häusliche Gewalt ausdrücklich – nicht ohne den Hinweis, dass Gewalt häufig in der Familie gelernt werde.

Als wichtigen Schritt zu ver-

Freiberg die Einführung des periodischen Sicherheitsberichts der Bundesregierung. Nach Auffassung des Bundeskanzlers werden dadurch auch die Grundlagen für gesetzgeberisches Handeln im Bereich der inneren Sicherheit in Deutschland erheblich verbessert.

Weu

Respekt vor Polizeidienst

Mit dem Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, traf sich der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, am 9. August 2002 in der Vertretung des Landes Bayern beim Bund in Berlin. Themen des Gesprächs waren Fragen der Bewertung des Polizeidienstes, der Ausstattung

der Polizei und der inneren Sicherheit.

Konrad Freiberg hatte noch am Morgen an der Trauerfeier für den Ende Juli ermordeten Kollegen in Bonn-Bad-Godesberg teilgenommen. Tief beeindruckt von diesem Erlebnis erläuterte er gleich zu Beginn des Meinungsaustausches dem bayerischen Ministerpräsidenten:

„Dieser Polizistenmord hat wieder einmal verdeutlicht, welche Gefahren mit dem Polizeiberuf einher gehen. Wir brauchen ein Höchstmaß an Qualifizierung und Bewertung – in Ost und West – sowie eine Ausstattung, die dem aktuellen Stand der Technik entspricht“.

Rückhalt für Polizei durch politischer Spitze

Kanzlerkandidat Dr. Stoiber stimmte dem GdP-Vorsitzenden zu: „Unsere Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine leistungsfähige, bürgernahe und moderne Polizei. Bund und Län-

die Uhr für die Allgemeinheit da sind, Rückhalt durch die politische Spitze zu geben, sei es auf Bundes- oder auf Landesebene“. Der Kanzlerkandidat von CDU und CSU sicherte dem GdP-Vorsitzenden in dieser Hinsicht volle Unterstützung durch eine unionsgeführte Bundesregierung im Falle eines Wahlsieges der Union zu.

Zu Themen der Beamtenpolitik berichtete Dr. Stoiber von seinen bayerischen Erfahrungen. So erläuterte er u. a., dass in seiner Heimat nach langjährigen Bemühungen inzwischen mehr als 50 % der bayerischen Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst in der Laufbahn des gehobenen Dienstes sind.

Während des Gesprächs machte Konrad Freiberg noch einmal die Position der Gewerkschaft der Polizei hinsichtlich verschiedener Privatisierungsbestrebungen deutlich. „Für Sicherheit zu sorgen, gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates. Im öffentlichen Raum muss die Zuständigkeit einzig und al-



Kanzlerkandidat Dr. Edmund Stoiber und GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg während des Gesprächs in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin. Foto: VDEO-ART

der müssen dafür durch eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung Sorge tragen.“ Er plädierte ebenso für eine angemessene Bewertung des Polizeidienstes: „Unsere Polizei verdient für ihren Einsatz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger allen Respekt. Um so wichtiger ist es, den Polizeibeamten, die vor Ort schwierigste Aufgaben übernehmen und rund um

lein bei der Polizei liegen. Das hat Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bürger“, so der GdP-Bundesvorsitzende. In der Union gäbe es dazu keine abweichenden Meinungen, äußerte Kanzlerkandidat Dr. Edmund Stoiber.

Weu

Ein Jahr danach

Von Konrad Freiberg

„Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“ lautete vor genau einem Jahr die Titelseite in DEUTSCHE POLIZEI, die am 1. September 2001 erschien. Auf der Titelseite war das Konterfei eines Mannes abgedruckt, dessen Namen nur wenigen etwas sagte: Osama bin Laden. Zehn Tage nach Erscheinen der Ausgabe kannten Millionen Menschen



auf der Welt diesen Namen, verbunden mit einem bis dahin nicht gekannten Schrecken. Verständnis- und fassungslos hörte ich wie viele Menschen an diesem 11. September 2001 auf einer meiner Autofahrten, wie ein Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks etwas von einem Flugzeug meldete, das offenbar mit dem World Trade Center in New York kollidierte. Meine Fassungslosigkeit steigerte sich, als plötzlich von einer zweiten Maschine die Rede war, die ebenfalls einen

der beiden berühmten Türme ansteuerte. Gleichzeitig ging das Autotelefon und ein Alptraum nahm seinen Lauf.

Die Warnung unseres DP-Autors, der in seinem umfangreichen Bericht über ein fundamentalistisches islamisches Terrornetzwerk eine Fülle von Erkenntnissen von Sicherheitsexperten aus Nachrichtendiensten und Polizei und eigenen Recherchen mit dem Satz zusammengefasst hatte, lautete: „Sicherheitspolitisch ist auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert eines gewiss: Die Lage in Europa ist höchst alarmierend.“

Das Mudjahidin-Netzwerk hatte an diesem Tag in den USA zugeschlagen, nicht in Europa. Ein Terrorkommando des islamistischen Netzwerkes al-Qa'ida verübte am 11. September 2001 einen Selbstmordanschlag in den USA, indem es zu Lenkwaffen umfunktionierte Passagierflugzeuge in das World-Trade-Center in New York und das Pentagon in Washington flog. Ein weiteres Passagierflugzeug stürzte über freiem Feld ab.

Europa, vor allem auch Deutschland, aber war, was Sicherheitsexperten immer wieder behauptet hatten, wichtige logistische Basis, Ruhe- und Vorbereitungsraum der islamistischen Terroristen. Noch im Juni 2000, ein Jahr davor, warnte August Hanning, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND): „Alle weltweit operierenden extremistischen Gruppen haben in Deutschland Dependancen.“ Er ergänzte wenige Monate später seine Einschätzung, indem er Osama bin Laden als besondere Gefahr bezeichnete. Schon die Kohl-Regierung wurde Jahre zuvor vom damaligen

Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer auf Aktionen islamischer Extremisten aufmerksam gemacht.

Aber die Welt und unser Land hatten andere Sorgen, auch ernstzunehmende. Wie jetzt wieder: die Hochwasserkatastrophen, ihre unermesslichen materiellen und immateriellen Schäden bewegen die Menschen zu Recht.

Was passiert, wenn Warnungen nicht ernst genommen werden, zeigt sich auch hier.

In wenigen Tagen, wenn diese Ausgabe bei ihren Beziehern ist, schreiben wir wieder den 11. September. Es ist ein Jahrestag des Schreckens, an dem der Opfer der terroristischen Anschläge in den USA gedacht werden muss. DEUTSCHE POLIZEI will ihren Beitrag dazu leisten, indem sie das tut, was sie vor einem Jahr tat: informieren über Hintergründe und Zusammenhänge einer Bedrohung, die noch immer besteht.

Neben der Titelgeschichte in dieser Ausgabe wird die Gewerkschaft der Polizei gemeinsam mit ihrem VERLAG DEUTSCHE POLIZEI-LITERATUR GmbH am 11. September auf einer Pressekonferenz in Berlin das Buch „Terrorismus – ein Handbuch über Täter und Opfer“ vorstellen.

Als Sachbuch wendet sich das vorliegende Werk, in dem namhafte Experten mit Fachbeiträgen vertreten sind, vornehmlich an beruflich Interessierte aus den Bereichen Polizei, Justiz und an Militärangehörige. Als Handbuch richtet es sich darüber hinaus sowohl an Journalisten als auch an interessierte Laien.

Die Zeit, die über ein erschütterndes Ereignis vergeht, dämpft das Gefahrenbewusstsein. Die Terrorgefahr bleibt bestehen. Wir dürfen in unseren Anstrengungen, sie zu bekämpfen, nicht nachlassen.

Zu: „Hilfe für die im Einsatz“, DP 7/02

Vielen Dank für die sehr informativen Beiträge zur psychologischen Nachsorge für Polizeikräfte. Das BKA Wiesbaden (14 Kollegen Tatortgruppe und KT) unterstützte die Erfurter Kollegen bei der Leichensachbearbeitung, Obduktion, Spurensicherung, Vermessung und Dokumentation vor Ort. Bereits am Abend des Tattages wurden uns Gespräche und Betreuungsangebote unterbreitet. Diese Angebote wurden in unregelmäßigen Abständen wiederholt. Ich kann hier nur bestätigen und mich bedanken, die Betreuung war sehr gut.

Die hervorragende Zusammenarbeit mit den Kollegen in Erfurt sowie die Gespräche während und nach der Arbeit reduzierten sicherlich bei uns allen die psychische Belastung und machten eine professionelle Nachsorge (bis jetzt) nicht erforderlich – vielleicht mit einer Ausnahme.

Auf S. 8 der DP wurde in der Auflistung „Anerkannte besondere Belastungen“ als letzter Punkt der Sensationsjournalist genannt. Ich möchte ihn ergänzen um den Punkt „Sensationskollegen“. Es fällt mir sehr schwer, solchen Menschen bzw. deren teilweise dümmlichen, beleidigenden, anklagenden (ohne Beweise) und diffamierenden Mutmaßungen und Behauptungen gegenüber „cool“ zu bleiben. Leider gibt es sogar im Kollegenkreis immer mehr von diesen „Hinterher-immer-alles-besser-Wissenden“, die zu jedem Einsatz ihr „Warum hat man denn nicht!“ dazu geben müssen, statt sich bei den Sachbearbeitern vor Ort erst mal sachkundig zu machen. Nicht nur, dass sich die Polizei von STERN-Reportern beschuldigen lassen muss, den Opfern nicht rechtzeitig geholfen zu haben, selbst der Bund Kritischer Polizisten erdreistet sich, die Erfurter Obduktionsergebnisse anzuzweifeln und von Vertuschung zu reden.

Gern würde ich mit solchen Journalisten incl. Herrn Wüppesahl den 4-tägigen Einsatz mit

der Obduktion von insgesamt 17 Menschen nachbereiten, wenn ich denn nur einen kleinen Funken Hoffnung hätte, sie würden sich zukünftig mit ihren Beschuldigungen zurückhalten. Ahnen diese Menschen: denn nicht, welche psychischen Belastungen solche Behauptungen haben können?

Ich möchte hier nochmals die bereits in der Presse veröffentlichten Fakten bestätigen, dass laut Obduktion alle Opfer auch bei sofortiger medizinischer Notversorgung keine Überlebenschance gehabt hätten. Möglicherweise bedarf ich doch einer psychologischen Nachsorge, um nicht eines Tages Gefahr zu laufen, meinem Bauch zu gehorchen und diesen Menschen gegenüber ausfällig zu werden.

Marina Aumann,
*Sachbearbeiterin bei ZD 12-
Allgemeine Tatortarbeit, BKA*

Zu: Leserbrief von Jens Maßow, DP 8/02

Die Veröffentlichung von Herrn Maßow regt zum Nachdenken an. Ich kann ihm nur Recht geben, jedoch bin ich auch der Meinung das jeder Mensch, egal wo er arbeitet, sich einen Ausgleich schaffen sollte. Ich leite ehrenamtlich 2 Sportgruppen und bin zudem in den Schulen meiner Kinder als Elternsprecherin und als Vorsitzende der Schulkonferenz tätig. Diese Ehrenämter bringen zwar viel Arbeit mit sich, es kommt aber auch sehr viel Hochachtung und Dankbarkeit zurück. Nur wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen vorleben, nicht nur egoistisch zu sein und auch mal an andere zu denken, werden sie Sozialkompetenz erlernen.

Ein Polizeibeamter muss ruhig und ausgeglichen bleiben, selbst wenn er unausgeschlafen, frustriert und genervt ist und zudem noch von manchen Bürgern verbal attackiert wird. Wer im Streifen dienst in kritische seelische Situationen gerät, benötigt zumindest immer einen guten Zuhörer. Wie oft haben unserer Kollegen bei Unfällen mit um

Hilfe rufenden Personen oder gar Toten zu tun. Wer bei einem Brand Hilferufe hört und doch nicht mehr ins brennende Haus kann um zu helfen, wird diese Schreie nie vergessen, und ewig plagt das Gewissen: „Hätte ich nicht doch noch etwas anders machen können?“. In solchen Situationen ist ein guter Vorgesetzter mit hoher Sozialkompetenz gefragt, der seiner Fürsorgepflicht gerecht wird und eine gute Einsatznachbereitung durchführt. Doch wo geschieht das noch? Die Kollegen werden mit Aufträgen und Papierkrieg zugeschüttet und haben keine Zeit zum nachdenken. Die kommt dann zu Hause und verursacht garantiert schlaflose Nächte. Um dann Frust, Ärger und Anspannung abzubauen oder auf andere Gedanken zu kommen, ist so ein Ehrenamt sehr hilfreich. Es entbindet jedoch den Vorgesetzten nicht von seiner Fürsorgepflicht.

Mein derzeitiger Dienstherr hat eine enorm hohe Sozialkompetenz. Ihn interessiert z.B., warum Kollegen krank sind oder jemand im Krankenhaus liegt. Bei Problemen jeglicher Art ist er ein vertrauensvoller und immer korrekter Ansprechpartner.

Andrea Hansen, Zeesen



Den Leserbrief von Koll. Maßow finde ich sehr hilfreich. 30 Jahre Polizeidienst, davon 22 Jahre im Kriminaldienst – u. a. 10 Jahre Tötungsdelikte, Suizide u. a. – haben auch bei mir ihre Spuren hinterlassen. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass die Rahmenbedingungen hinsichtlich Fürsorge und Betreuung (ich spreche von der Bayer. Polizei) nicht stimmen. Effiziente Gesundheitsförderung sollte obligatorisch vorsorlich Anwendung finden, und nicht erst, wenn sich Anzeichen einer Krankheit bemerkbar machen.

Die Erfahrungen schrecklicher und immer wiederkehrender Erlebnisse verändern Menschen zwangsläufig. Werden die Zusammenhänge vom Dienst-

herrn über einen längeren Zeitraum ignoriert, so wird die Gefahr einer schwerwiegenden Krankheit geradezu provoziert. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang ist eine psychosoziale Nachsorge.

Ich habe versucht, die offensichtlichen Mängel der dienstlichen Fürsorgepraxis durch private Aktivitäten zu kompensieren. Meine Leidenschaft für kreative, planerische Gartengestaltung habe ich durch Seminarbesuche zum Thema Baum- Strauch- und Gehölzpflege ergänzt. Seit 5 Jahren leite ich nun Kurse in Theorie und Praxis über die VHS meines Heimatortes. Die Tätigkeit im Garten und die Vortragstechniken bereiten mir sehr viel Freude und geben mir teilweise Erholung. Leider konnte ich dadurch die massiven und emotional belastenden Eindrücke der dienstlichen Tätigkeit nicht kompensieren. es kam schließlich 1997 zu einer gutachterlich nachgewiesenen PTSD.

Werner Pöhler, Neudrossenfeld

Zu: KFN-Studie „Ist der Dienst gefährlicher ge- worden?“ und „Schutz- westenreport“, DP 8/02

Wieder mal wurde ein von Euch gedruckter Bericht von der Realität auf traurige Weise eingeholt (tödliche Schüsse in Bonn auf Polizeibeamten). Gerade im Zuge dieses tragischen Ereignisses wäre es von größter Wichtigkeit, die Ausstattung mit persönlichen Schutzwesten für im Außendienst tätige Mitarbeiter zu beschleunigen. Leider scheint im Land Brandenburg momentan gerade eine (finanzielle?) Flaute vorzuherrschen. So warten entgegen des Versprechens von Herrn Innenminister Schönbohm, zuerst die im Außendienst arbeitenden Kollegen mit Schutzwesten auszustatten, noch immer viele dieser Kollegen auf die Weste. Die Vermaßung der Kollegen dazu erfolgte bereits im September letzten Jahres.

Reiko Dröge, per E-Mail

Zu DP 8/02 „Das GdP- ,Who ist Who‘ der Länder und Bezirke“

Es geht um den Umgang mit unserer Muttersprache. Da bekommt man auf den Seiten 20/21 eine Übersicht der Landesbezirke der GdP unter der Überschrift „Das GdP-,Who is Who‘ der Länder und Bezirke“. Wieso schon wieder englisch.? Langsam wird es peinlich. Was soll das, ich spreche kein englisch, man wird entmündigt weil man deutsch spricht. Die Überschrift hätte doch ganz einfach lauten können „Die Übersicht der Landesbezirke der GdP“.

Ansonsten bin ich mit dem Inhalt und der Aufmachung unserer Mitgliederzeitung zur Zeit zufrieden. Ich möchte auch weiterhin nicht auf die Unterstützung durch die Zeitschrift zu den Alltagsproblemen im täglichen Dienst verzichten.

Norbert Metzger,
per E-Mail

Ergänzung

Leider ist uns bei der Korrekturlesung der Übersicht „Das GdP-,Who is Who‘ der Länder und Bezirke“ ein Fehler unterlaufen: Unter „Ehrensitzender“ ist neben Burkhard von Walsleben selbstverständlich auch der Kollege Günter Brosius zu nennen.

Wir bitten um Entschuldigung.

GdP Berlin

*Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zu kürzen, um
möglichst viele Kolleginnen
und Kollegen zu Wort kom-
men zu lassen. Abgedruckte
Zuschriften geben nicht
unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder. Anonyme
Zuschriften werden nicht
berücksichtigt.*

Zeit der Überfälle – globale Terrorgefahr nach dem 11. September

Von Berndt Georg Thamm

Vor einem Jahr, in der September Ausgabe 2001, veröffentlichte DEUTSCHE POLIZEI einen Bericht des Fachpublizisten Berndt Georg Thamm zu islamistischen Kämpfern („Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“), der durch die Ereignisse am 11. September traurige Aktualität erlangte. Die Brisanz des Themas ist hoch und in keiner Weise abstrakt – die Bedrohung ist real und viele Kolleginnen und Kollegen kommen damit in der eigenen Arbeit in Berührung. Berndt Georg Thamm hat zum Thema ein Buch geschrieben – siehe Anzeige Seite 22 – (erscheint ab September im VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH), das auf einer Pressekonferenz am 11. September in Berlin vorgestellt wird. Für DEUTSCHE POLIZEI hat er zum Thema resümiert.

„Die Terroristen sind durch ihren Hass definiert. Sie hassen Demokraten, Toleranz und die freie Meinungsäußerung. Sie hassen Frauen, sie hassen Juden, sie hassen die Christen und sie hassen alle Muslime, die sich gegen sie richten. Andere töten im Namen rassistischer Reinheit oder eines Klassenkampfes. Diese Feinde töten im Namen einer falschen religiösen Reinheit, und sie verdrehen den Glauben in dessen Namen sie vorgeben zu sprechen.“

US-Präsident George W. Bush,
Rede im Reichstag
vor dem Bundestag, Berlin,
23. Mai 2002

Die Anschläge vom 11. September 2001 hatten und haben zu einer neuen Organisationsform der Terrorismusbekämpfung geführt, die – neben Polizei und Justiz – wie nie zuvor Nachrichtendienste und insbesondere das Militär

einbindet. Die „Operation Enduring Freedom“ (dauerhafte Freiheit) steht für einen asymmetrischen Krieg, den eine von den USA angeführte Anti-Terror-Allianz mit rund 40.000 Soldaten aus insgesamt 16 Nationen zu Lande, Wasser und Luft gegen die Kämpfer des internationalen Terrorismus an unterschiedlichen Fronten führt – vom Horn von Afrika über die Bergregionen des eurasischen Kaukasus und des südasiatischen Hindukusch bis zur Inselwelt des malaiischen Archipel. Ziel dieser Operation ist es, die „Verantwortlichen der Terroranschläge und ihre Unterstützer zu bestrafen“. Da dieser neue Terrorkrieg, so der Soziologe und renommierte Gewaltforscher Wolfgang Sofsky, keine Fronten und keine Sicherheitszonen mehr kennt, ist auch die Trennlinie zwischen

Krieger und Zivilisten aufgehoben. So räumten zum Beispiel die USA ein, Anfang Juli bei einem Luftangriff in Zentralafghanistan versehentlich 48 Gäste einer Hochzeitsgesellschaft getötet und 117 verwundet zu haben. Die umgekommenen Zivilisten der Hochzeitsgesellschaft werden nicht die letzten unschuldigen Opfer sein, soll doch noch mit der „Operation Noble Eagle“ (Edler Adler) eine zweite Stufe des globalen Anti-Terror-Kampfes folgen, deren Laufzeit auf zehn oder mehr Jahre angelegt ist. Für die Terrorismusbekämpfer werden Zivilisten, die versehentlich getötet wurden und werden, immer bedauerliche Ausnahmen sein und bleiben.

Ganz anders die Haltung des terroristischen Gegenübers. Hier wird der Zivilist regelrecht als Anschlagziel definiert. So schlug



Das Attentat vom 11. September 2001 schockierte die Welt. Insgesamt kamen bei dem beispiellosen Terroranschlag 3.056 Menschen ums Leben. In Shanksville erinnern Fähnchen mit Engelsköpfchen an die 44 Opfer des Absturzes der United Airlines Boeing 757.

Aiman al-Zawahiri, der ägyptische „Terrordoktor“ ist nach Osama Bin Laden die Nummer zwei des al-Qa'ida-Netzwerkes, schon vor dem 11. September in seiner Schrift „Ritter unter dem Banner des Propheten“ Anschläge vor, „bei denen viele Zivilisten zu Schaden kommen. Das verbreitet bei den Völkern des Westens den größten Schrecken“.

Es begann mit den „Wächtern“ im Mittelalter

Der „11. September des Mittelalters“ fand im Jahr 1092 statt. Der damalige tödliche Anschlag galt Nizam al-Mulk, dem mächtigen Großwesir des Reiches der Seldschuken. Der Mord erregte seinerzeit in ganz Asien Aufsehen und machte die Mörder überall bekannt – die Assassinen („Wächter“). Dieser kleine ismailitische Geheimbund (Nizari-Sekte) hatte sich zum Ziel gesetzt, die Lehre des Propheten Mohamed rein zu halten und gegen Verfälschungen des Glaubens und gegen falsche Nachfolger des Propheten vorzugehen. Als schiitische Splittergruppe suchte dieser Bund seine religiöse Eigenständigkeit (und Lebensart) mit Hilfe eines terroristischen Kampfes gegen die ihn unterdrückende Seldschuken-Herrschaft türkischer Sunniten zu verteidigen. Begründet wurde der Bund der Assassinen, der aus heutiger Sicht als die erste straff geführte Terrororganisation unserer Geschichte gilt, von Hassan Bin al-Sabah (um 1050-1124). Der aus der persischen Provinz Khorassan stammende Politiker machte 1090 Alamut, eine hoch gelegene Festung in den Bergen des nördlichen Persiens, zum geographischen Zentrum seiner Bewegung. Dieses auf einem heiligen Berg gelegene „Adlernest“ galt es zu schützen, zu bewachen. Der Großmeister dieser Wächter des Berges führte den Titel Scheich al Dschebel, was die Europäer mit „der Alte vom Berge“ übersetzten. Durch Einnahmen weiterer Festungen bekam die Sekte zahlreiche Stützpunkte in

der Bergwelt Persiens. Die Nachfolger des Großmeisters Bin al-Sabah erweiterten den Einflussbereich, der im Zenit der Sekte Teile des heutigen Iran, Irak, Syriens und Palästinas umfasste.



Die Zwillingstürme des World Trade Center in New York brennen nachdem zwei Flugzeuge kurz hintereinander in die Gebäude gerast sind.

Ein von der Bergwelt des Libanon bis zum persisch-afghanischen Grenzgebiet reichendes Netz von Fluchtburgen schützte die Wächter der Alten vom Berge, die über 150 Jahre durch Tausende von Morden im sunni-tischen Establishment (Präfekten, Statthalter, Kalifen und deren Gefolgsleute) die gesamte islamische Welt in Angst und Schrecken versetzten. Erst die Mongolen konnten 1256 dem wüsten Treiben der „Mördersekte“ ein Ende machen.

„Opferbereite“ Kämpfer

Schon früh hatten die Großmeister der Assassinen erkannt,

dass eine systematisch geplante, lang andauernde Terrorkampagne mit Hilfe einer kleinen, disziplinierten Truppe eine sehr effektive politische Waffe darstellte. Die „opferbereiten“

Assassinen auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind die Djihād-Soldaten der al-Qa'ida. Deren Großmeister, der saudische Waghâbit Osama Bin Laden, schuf mit der im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gelegene Höhlen-Bastion Tora Bora ebenfalls eine mythische Gebirgsfestung. Seine Selbstmordattentäter entsprechen den alten Wächtern, die zum Opfer des eigenen Lebens bereit waren. Wie die Assassinen bildete auch die al-Qa'ida-Führung ihre Kämpfer für den „Heiligen Krieg“ aus – nach dem Terrorhandbuch „Militärische Studien des Djihād im Kampf gegen die Tyrannen“. Die terroristischen „Schläfer“ der al-Qa'ida sind so gefürchtet wie einst die im Feindesland getarnten Mörder der Wächter.

Sechzig Länder der Welt werden heute zu den Operationsgebieten der al-Qa'ida gezählt. In das Netzwerk sollen bis zu 10.000 Mitstreiter eingebunden sein. Al-Qa'ida, so der Volkswirt und Philosoph Birger P. Priddat, „ist keine Gründung eines ausgereiften Fundamentalisten, sondern ein logisches Konstrukt in einem Spannungsfeld von Machterhaltung und Modernisierung. Al-Qa'ida agiert selbst in dieser Differenz: mittelalterlicher Gehalt – moderne Technik.“

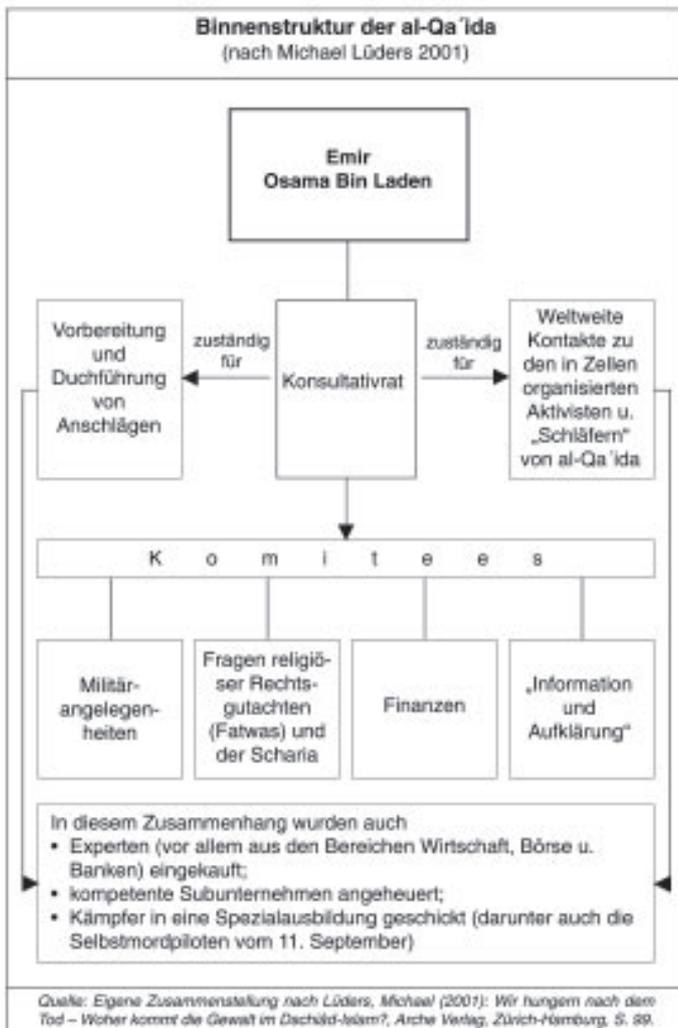
Der neue Kreuzkrieg islamistischer Netzwerkterroristen

Das Phänomen al-Qa'ida, so heißt es bei Priddat weiter, ist „eine Schlachtordnung eines waghâbitischen Islam, im Mantel moderner Netzwerkorganisationen. Die Kombinationen sind bizarr, wie auch die soziale Mischung: technische Intelligenz des 21. Jahrhunderts mit Religionsfraktalen einer tribal religion des 7. Jahrhunderts nach Christus“. Es ist erst ein halbes Jahrzehnt her, da deklarierten am Hindukusch die Taliban im Oktober 1997 die von ihnen eroberten Teile Afghanistans zum Emirat. Ihr „lieber Gast“ Osama Bin Laden begründete in diesem Gottesstaat im Februar des dar-

Kämpfer (fedajin) gingen unter größter Geheimhaltung vor. Den Strenggläubigen war es erlaubt, ihren Glauben zu verheimlichen, um in einer ihnen feindlich gesinnten Umwelt unerkannt zu leben. Verkleidet als Fremde oder sogar als Christen warteten sie auf die Gunst der Stunde bzw. den Einsatzbefehl. Den asketischen Attentätern galt der Mord als heiliger Akt, die eigene Enttarnung und folgende Hinrichtung als erstrebter Märtyrertod. Mehrere 10.000 Mann sollen die Alten vom Berge an sich und ihre Sache gebunden haben.

Al-Qa'ida – Reinkarnation des Schreckens

Achthundert Jahre später scheint es eine Reinkarnation des Schreckens zu geben. Die



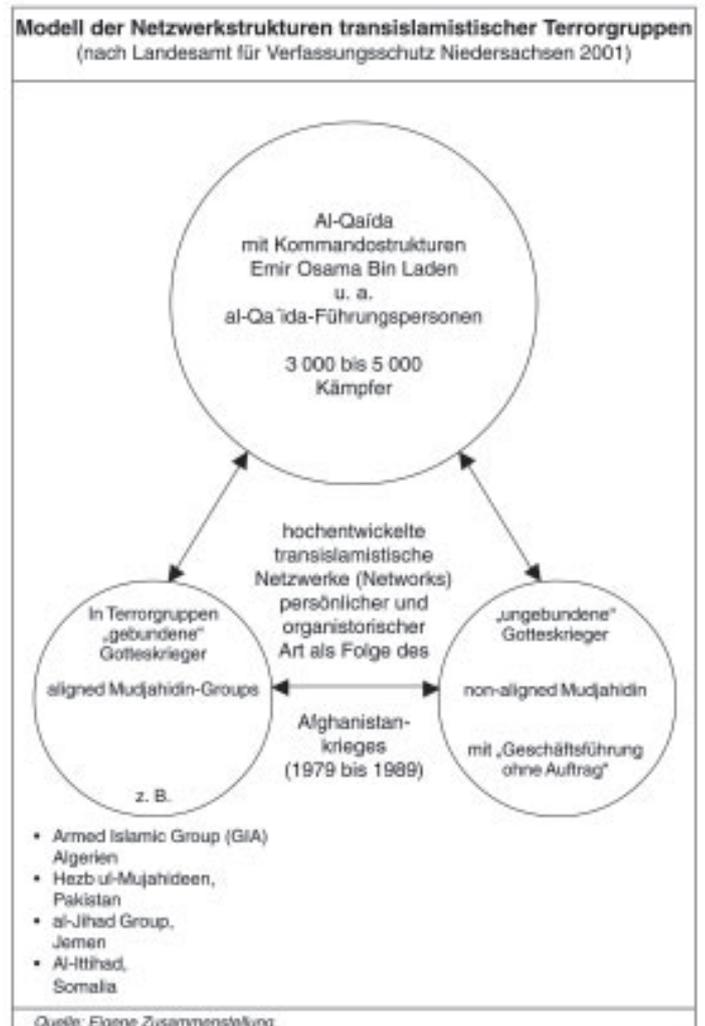
auffolgenden Jahres – zusammen mit Terror-Gruppen aus Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bangladesch, Pakistan und Kaschmir – eine „Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzzügler“. Diese fundamentalistische Terror-Koalition hatte sich – ziemlich pathetisch – „die Vertreibung der Kreuzritter“ zum Ziel gesetzt. Auch die Anschläge vom 11. September sind in diesem Zusammenhang zu sehen, die von der al-Qa'ida später als „großer historischer Sieg“ bezeichnet wurden. Nur wenige Tage nach dem Anschlag schwor US-Präsident Bush die Amerikaner in einer Rede am 15. September 2001 auf einen langen Krieg gegen den Terrorismus ein. Der „Kreuzzug“ könne lange dauern, die Amerikaner müssten jetzt „geduldig sein“. Gibt man „Kreuzzug“ als

arabischen Begriff in die Suchmaschine des Internet ein, so die deutsche Fachjournalistin Julia Gerlach Anfang Juli 2002, „stößt man auf eine ganz neue Literaturgattung... Seit Wochen boomt die Textproduktion der Radikalen. Den Anfang machte Osama Bin Laden selbst. Mit einem Aufruf an die muslimische Jugend meldete er sich Ende März 2002 wieder zurück. Unter der Rubrik Djihād-Nachrichten haben die al-Qa'ida-Freunde mit einer eigenen Kriegsberichterstattung begonnen ... Auch die Botschaften radikaler Gelehrter aus der ganzen Welt sind beispielsweise unter aloswa.org abrufbar ...“

Die Textflut der Radikalen begann zu einer Zeit, in der die Intifada einen neuen Höhepunkt erreichte, die arabischen Führer über mögliche Verhandlungen mit Israel nachdachten und die

arabische Jugend auf den Straßen dagegen protestierte. Die Pamphlete im Internet sollen diese Stimmung anheizen, und die Terrorfraktion versucht, sich an die Spitze des Protestes gegen Israel und Amerika zu stellen.“ Bis Juni 2002 war die erste Adresse zum Thema Neuer Kreuzzug aineda.com, unter der auch Erklärungen des abgetauchten Taliban-Führers Muhammed Omar abrufbar waren. Hier erschienen die Erklärungen der al-Qa'ida immer zuerst, Videos konnten heruntergeladen und ganze Bücher als Dateien gespeichert werden. Zuletzt meldete sich hier auch Suleiman Abu Gaith zu Wort. Der in Kuwait geborene Geistliche gilt als Sprecher der al-Qa'ida. Den USA warf er hier den Tod tausender Muslime vornehmlich im Nahen- und Mittleren Osten vor und

machte dementsprechend eine blutige Rechnung auf: „Deswegen haben wir das Recht, vier Millionen Amerikaner zu töten, darunter eine Million Kinder ... Wir haben das Recht, sie mit chemischen und biologischen Waffen zu bekämpfen, so dass sie sich tödliche und ungewöhnliche Krankheiten und ungewöhnliche Krankheiten auf Grund ihrer chemischen und biologischen Waffen“. Dieser neuen Kreuzkriegs-Literatur der hardcore-Islamisten ist vor dem Hintergrund einer wohl lang dauernden Terrorabwehr hohe Aufmerksamkeit zu schenken. Die Bekämpfer haben es mit einer neuen, gefährlicheren Qualität des Terrorismus zu tun, die der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, wie folgt beschrieb: „Es gibt ein nahezu globales Netzwerk arabischer Mud-



jahidin. Es handelt sich um Beziehungsgeflechte, wie wir sie vorher von terroristischen Gruppen nicht kannten. Sie beruhen vor allem auf persönlichen Verbindungen und Bekanntschaften, die bei gemeinsamen Aufenthalten

in Lagern oder bei gemeinsamen Kämpfen – wie zum Beispiel in Kaschmir, Afghanistan oder Tschetschenien – entstanden sind“. Die Gefährlichkeit dieses „religiös motivierten, neuen Terrorismus“ liegt, insbesondere was die islamistische Variante betrifft, in der Kombination von alt und neu – vormittelalterliche Religionsfragmente werden über Satellitentelefon umgesetzt. Die Terrorbekämpfer bewegt auch vor diesem Hintergrund nach dem 11. September die Frage, wie die Struktur der Organisationen, allen voran die Netzwerkstruktur der al-Qa'ida aussieht, in der sich voneinander unabhängig operierende Einzelgruppen nicht „auf Kommando“, aber „ad hoc“ zu einer bestimmten Aktion zusammenfinden.



Berndt Georg Thamm:

- freiberuflicher Fachpublizist in Berlin, Jahrgang 1946,
- seit über 30 Jahren mit den Themen Rauschgift (einschließlich Narcoterrorismus) und Historie des organisierten Verbrechens (Schwerpunkt Asian/Chinese Organized Crime) beschäftigt, in den letzten Jahren intensiv mit Symbiotischen und Ethno-nationalen Terroristen (Recherchen im In- und Ausland),
- Lehrbeauftragter an Universitäten und Fachhochschulen (1974-92) sowie Referententätigkeit an der Zollschule Berlin (1978-93), an verschiedenen Landespolizeischulen (seit 1988) und für die Gewerkschaft der Polizei (seit 1979),
- GdP-Oskar 1990,
- Fachberatung für Mitglieder des Europ. Parlaments (1985-95) und andere Politiker (Schwerpunkt Drogen/Innere Sicherheit),
- über 20 Jahre Beratungsarbeit für Print- und AV-Medien,
- mehr als 200 Veröffentlichungen.

Zeit der Überfälle

Der deutsche Islamwissenschaftler und Ethnologe Peter Heine geht davon aus, dass „wir es hier im Grunde mit einer Organisationsform zu tun haben, wie sie uns aus den beduinischen Gesellschaften der arabischen Halbinsel schon lange bekannt sind ... Es ist nicht auszuschließen, dass die Form der Kooperation (temporärer Aktionsbündnisse) von den ‚neuen Terroristen‘ ganz bewusst aus der Geschichte der frühen islamischen Kriege, den Maghâzi (Überfälle – die Red.) übernommen worden ist ...“

Nach dem ersten asymmetrischen Krieg, den die internationale Anti-Terror-Koalition zusammen mit der Nordallianz der Usbeken und Tadschiken in Afghanistan gegen die Milizionäre der Taliban und die terroristische Militärorganisation al-Qa'ida von Anfang Oktober bis Anfang Dezember 2001 führte, hat ein neuer Terrorkrieg begonnen – die Zeit der Überfälle.

Anschläge auf feindliche Personen und ausländische Touristen

Über ein halbes Jahrzehnt bildete die al-Qa'ida in über 40 pa-

ramilitärischen Camps in Afghanistan zig Tausende „Soldaten des Heiligen Krieges“ (Djihādisten) nach den Buchstaben ihres Terrorhandbuches aus. Zu den dort aufgeführten Zielen gehören auch „Anschläge auf feindliche Personen wie auch auf ausländische Touristen“. Seit Januar 2002 hat die fundamentalistische Internationale der Djihādisten diese Ziele im Visier, an nachstehenden Beispielen illustriert:

Januar: Mitglieder der in Pakistan ansässigen Extremistengruppe Harkat-ul-Jehad-e-Islami verübten auf das US-Kulturzentrum in Kalkutta einen Anschlag, bei dem fünf Polizisten getötet und 20 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Der minutiös geplante Anschlag fiel mit dem Besuch von FBI-Chef Robert S. Mueller in New Delhi zusammen, der in Indien über eine engere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung verhandelte.

März: Auf die im Diplomatenviertel Islamabad gelegene Kirche der „Internationalen Protestantischen Gemeinde“ verübte ein islamistischer Selbstmordattentäter einen Anschlag auf eine Gruppe von 70 Gläubigen. Die Explosionen der Handgranaten töteten vier Menschen und verletzten 45 Kirchenbesucher, einige von ihnen lebensgefährlich.

April: Am 11. des Monats fuhr ein junger Maghrebiner einen mit Flüssiggasbomben beladenen Kleinlastwagen in die Umfassungsmauer der Al-Ghriba-Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba. Die Gasexplosion tötete 19 Besucher des jüdischen Gotteshauses, darunter 14 deutsche Urlauber. Zwanzig weitere Deutsche wurden verletzt. Zehn Wochen später bekannte sich die al-Qa'ida zu dieser „Djerba-Operation“.

Mai: Bei einem verheerenden Bombenanschlag auf einen Bus in der pakistanischen Hafenstadt Karatschi wurden zehn französische Ingenieure und drei Pakistani getötet, sowie Dutzende weiterer Menschen zum Teil schwer verletzt. Zur Urheberschaft des terroristischen Mordanschlages

sagte Guillaume Dasquie, Chefredakteur von „Intelligence online“ und auf Terrorismus spezialisiert: „Ich vermute das Netz von al-Qaida. Die Ingenieure der DCN sind französische Militärs. Der Vertrag mit Pakistan war zwar bekannt, aber Details über die Logistik geheim. Die Planung dieser Tat beherrscht nur al-Qa'ida.“

Mai: In der kaukasischen Garnisonsstadt Kaspiisk wurden bei einem Jubiläumsaufmarsch durch eine ferngezündete Panzermine 42 Menschen, darunter 17 Kinder, getötet und über 150 verletzt. Als Urheber des Attentats verdächtigten russische Sicherheitsbehörden den dagestanischen Rebellenführer Rapani Chalilow. Dieser hatte schon als Kommandeur im benachbarten Tschetschenien gekämpft und soll seine militärisch-terroristische Ausbildung in Camps in Afghanistan und Pakistan bekommen haben. Vor diesem Hintergrund wollte man in Südrussland einen Zusammenhang mit der al-

pe mit dem Namen „Al-Qa'noon“, die weitere Anschläge auf US-Einrichtungen in Pakistan ankündigte.

Mega-Anschläge gegen den „kleinen Satan“ Israel

Auch Israel hat mittlerweile keine Zweifel mehr, dass es zwischen der Intifada und der al-Qaida Verbindungen gibt.“ In seiner Lagebeurteilung führte Uzi Arad, Direktor des Instituts für Politik und Strategie in Herzliya, aus, dass der 11. September „die palästinensischen Terrorgruppen wachgerüttelt zu haben scheint, die ihre Intifada bis dahin eher mit geringer Intensität geführt hatten“. Wachgerüttelt wurde insbesondere die „Kultur des Selbstmordes“. Selbstmordattentate, im Sprachgebrauch der meisten palästinensischen Politiker „militärische Aktionen“ genannt, „bringen

undzwanzig Monaten – vom 29. September 2000 (Beginn der al-Aqsa-Intifada) bis zum 21. Juni 2002 – insgesamt 120 palästinensische Selbstmörder bei ihren Attentaten mindestens 235 Menschen töteten. Scheich Ahmed Jassin, spiritueller Gründer der radikalen Palästinenser-Organisation Hamas kündigte erst vor wenigen Monaten weitere Selbstmordanschläge an. Der kuwaitischen Tageszeitung „El Kabas“ hatte er in einem Interview im Mai gesagt, dass die Selbstmordanschläge „eine Form des Widerstands gegen den Feind“ wären. Hamas habe viele Anfragen von palästinensischen Jugendlichen, darunter auch Mädchen, die diese tödlichen Anschläge ausführen wollten. Ab April hoffte Israel, sein Kernland vor diesen Attentätern aus den palästinensischen Autonomiegebieten durch Offensivoperationen wie „Operation Schutzwall“ und „Operation Entschlossener Weg“, sowie durch den Bau eines Schutz-



8. Mai in Karachi – der Täter hatte mit einem gestohlenen Auto einen Bus der pakistanischen Marine gerammt, eine Bombe gezündet und bei diesem Selbstmordanschlag 14 Menschen – darunter 10 Franzosen – getötet und 36 zum Teil schwer verletzt.

Qa'ida nicht ausschließen.

Juni: Mitte des Monats wurde in unmittelbarer Nähe des US-Konsulats in Karatschi ein Bombenanschlag verübt, bei dem 11 Menschen getötet und 45 verletzt wurden. Zur Tat bekannte sich eine bis dahin unbekannte Grup-

pe dem Feind das größtmögliche Grauen bei relativ geringen Verlusten für die islamische Bewegung“. Diese Worte des al-Qa'ida-Führers al-Zawahiri fielen auf fruchtbaren Boden in einer Region des Nahen Ostens, in der in einem Zeitraum von ein-

zigen Jahren am Westjordanland und Jerusalem besser abschirmen zu können. Mit bescheidenem Erfolg. Hinzu kommt die Bedrohung, dass in diesem asymmetrischen Konflikt die „lebenden Bomben“ der al-Aqsa-Brigaden, des Islamischen Djihād und der

Hamas die Qualität ihres Terrors änderten. Sie sprengten sich nicht mehr nur selbst in den „Märtyrertod“, sondern zündeten auch Bomben außerhalb ihres Körpers. So sollte am 23. Mai 2002 ein mit einem Sprengsatz präparierter Tanklasten in Pi Glilot detonieren – mitten im größten Treibstofflager Israels am Rande von Tel Aviv. Das Attentat wurde vereitelt; der eigentliche Plan, dass die Flammen auf die Treibstofftanks übergreifen sollten, scheiterte. Mehrere Tausend Menschen der dicht besiedelten Gegend wären nach Experten-schätzungen ums Leben gekommen.

Schon seit einiger Zeit haben Israels Sicherheitskreise konkrete Hinweise darauf, dass die unter sich koordinierten palästinensischen extremistischen Gruppierungen sowohl islamischer als auch nationalistischer Ausrichtung einen strategischen Mega-



Ein afghanischer Kämpfer bewacht am 29.12.2001 einen unscheinbaren Höhleneingang der eroberten Al-Qa'ida-Bergfestung Tora Bora. Der Höhlenkomplex liegt in einem 3.962 Meter hohen Berg und ist bis zu 350 Meter tief in den Fels hineingetrieben. Die Höhlen können bis zu 2.000 Menschen beherbergen.

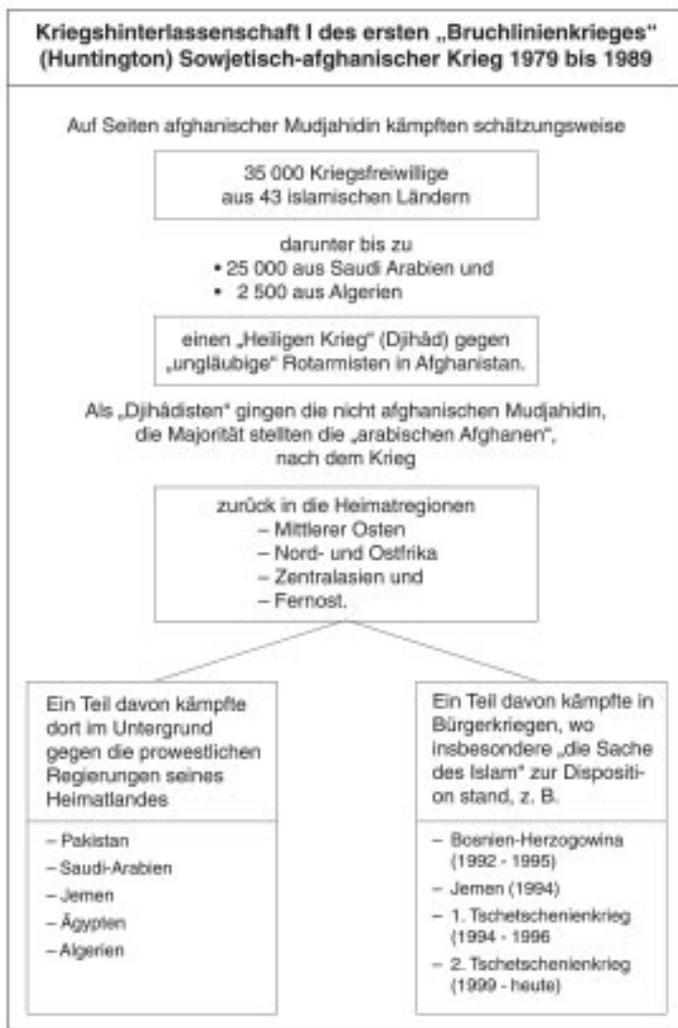
Anschlag planen. Diese potentielle Bedrohung ist vor dem Hintergrund einer veränderten Situation im palästinensisch-is-

raelischen Konflikt zu sehen, der heute – 35 Jahre nach der arabischen Niederlage im Sechs-Tage-Krieg 1967 – die politische Sta-

tik im Nahen Osten ins Wanken gebracht hat. Das Machtgefüge der arabischen Staaten untereinander ist seit den Offensiv-Operationen Israels im Westjordanland nicht mehr dasselbe. Mit äußerster Wachsamkeit sind dementsprechend Rekrutierungen der al-Qa'ida in den palästinensischen Autonomiegebieten und im Libanon zu sehen.

Sunnitisch-schiitische Einheitsfront des Djihâd

Als nach dem sowjetisch-afghanischen Krieg (1979-89) Osama Bin Laden 1990 in seine Heimat Saudi-Arabien als gefeierter „Held“ zurück kam, hatte mit ihm – dem in der gesamten islamischen Welt geachteten „tapferen Kämpfer“ – das Königshaus Saud und dessen Geheimdienst Istakhbarat noch einiges vor. Als im selben Jahr am



2. August die Truppen Saddam Husseins in Kuwait einfielen, bot Osama über seinen Freund Prinz Turki bin Feisal, dem Leiter des Geheimdienstes, der Regierung an, „umgehend eine Freiwilligen-truppe aus 30.000 Mudjahidin aufzustellen und zur Befreiung Kuwaits sowie zum Schutz der Heiligen Stätten in Marsch zu setzen. Kurze Zeit später gab das Haus Saud durch Kronprinz Abdullah Osama Bin Laden zu verstehen, dass man seine Mudjahidin nicht haben wollte. Stattdessen ließ die Regierung eine zehnfach größere militärische Allianz unter der Führung der USA ins Land, die von dort Kuwait befreien und gegen den Irak ziehen sollte. Die Vorstellung, nicht-muslimische Truppen in so großer Zahl auf dem Boden der arabischen Halbinsel zu stationieren, dem Ort der Offen-

barung und ersten Ausbreitung des Koran, bereitete muslimischen Radikalen mehr als Unbehagen. Für Osama war es ‚der größte Schock seines Lebens‘, der bei ihm einen entscheidenden Gesinnungswandel bewirkte. Sein diffuser Antiamerikanismus, sein emotionales Ressentiment gegenüber dem Westen, wurde zur offenen Feindschaft. Protest und Widerstand gegen die amerikanischen Truppen am Golf machte er zur Grundlage seiner politischen Theologie. Im Namen des Djihad sagte er denjenigen den Kampf an, die ihm bei der Verwirklichung seines Zieles, nämlich der Errichtung eines islamischen Kalifats unter seiner Führung, im Wege waren“, so die Kurzanalyse des deutschen Islamwissenschaftlers Michael Lüders. In seiner Heimat nicht gewollt, verließ der „arabische

Afghane“ Osama 1991 Saudi-Arabien. Als neues Hauptquartier für seine drei Jahre junge al-Qa’ida bot sich der Sudan an. Hier war nach einem Putsch der Islamistenjunta die Nationale Islamische Front zur stärksten politischen Kraft geworden; und eben diese war angetan vom Interesse Osama Bin Ladens, nach Khartum zu kommen. Anfang 1992 erfolgte der Umzug in die sudanesishe Hauptstadt. In der Zeit von Osamas Aufenthalt im Sudan (1991/92-1996) glückte der Versuch, die Kontakte der al-Qa’ida zu internationalisieren. Mehrfach soll sich Osama Anfang der 1990er Jahre, so der Nachrichtendienstkenner Udo Ulfkotte, mit iranischen Mullahs getroffen haben, um über „ein künftiges abgestimmtes Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind – den ‚großen Satan‘ USA und den ‚kleinen Satan‘ Israel zu sprechen“. Auch Vertreter der libanesischen Hizbollah sollen zu Gesprächen nach Khartum gereist sein, fanden jedoch seinerzeit „wenig Gemeinsamkeiten zwischen ihren nationalen Ambitionen und den globalen Kriegsvorstellungen der al-Qa’ida“. Was vor zehn Jahren im Sudan scheiterte, scheint im Frühjahr 2002 im Libanon erfolgreicher gewesen zu sein. Ein gemeinsames Treffen mit der al-Qaida wurde nur von der Hamas bestritten, von der schiitischen Hizbollah jedoch nicht. Diese „Partei Gottes“ war kurz nach der islamischen Revolution im Iran begründet worden. Anfang der 1980er Jahre machte Revolutionsführer Khomeini deutlich, dass ein Gottesstaat keine Parteien kenne, sondern nur eine Partei der Gleichgesinnten, die „Hizbollah“, die Partei „Allah“. Ihre Mitglieder, die „Hizbollahis“, waren jene, die die Revolution sicherten. Es waren eben diese „Wächter der Revolution“, die im Djihad gegen die Truppen Saddam Husseins (1980-88) als Glaubenskämpfer den Opfertod regelrecht suchten, das Märtyrertum zum Kriegerkult machten.

Es waren Teherans Revolutionsgardisten, die 1982 die schiitische Märtyreriologie in den Libanon brachten – mit der

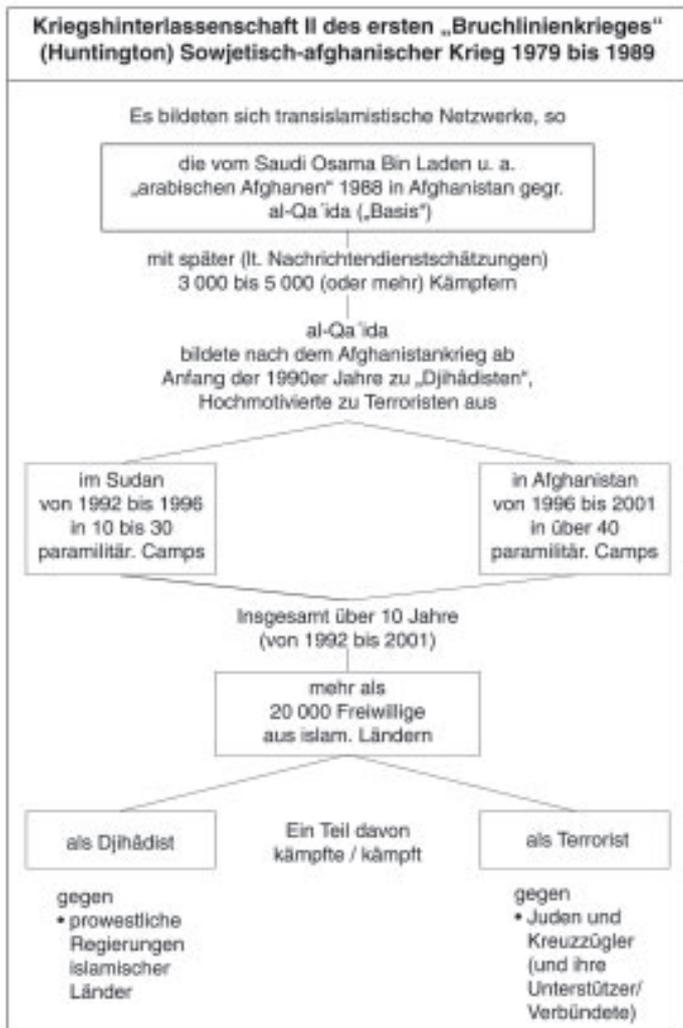
verheerenden Folge der Internationalisierung.

Heute, knapp zwanzig Jahre später, spielt der die Hizbollah im Libanon unterstützende Iran – trotz aller offiziellen Dementis – in der globalen al-Qa’ida-Strategie offenbar eine zentrale Rolle. Beispielsweise hält sich nach Erkenntnissen mehrerer Nachrichtendienste seit Anfang des Jahres ein führender al-Qa’ida-Mann im Iran auf: Ahmad Fadeek Al Khala-lilah, alias Abu Mosab Al Zar-qawi. Er versorgt aus Afghanistan kommende Kämpfer mit Pässen für die Weiterreise nach Europa. Vor diesen Hintergründen ist der klerikalen Expansion der Hizbollah höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Erst im Juni wurde bekannt, dass die Hizbollah in Deutschland ein bundesweites Schulungszentrum für ihre Hizboallahis aufbauen will.

Die potentiell terroristische Gefahr der libanesischen Hizbollah ist in Europa umstritten. So machten sich Anfang Juli Deutschland und Großbritannien dafür stark, die Organisation auf die Terrorliste der Europäischen Union zu setzen. Man verwies darauf, dass der militärische Arm der Islamisten weiterhin Anschläge auf Israel verübe. Schweden, Spanien, Frankreich, Griechenland und Belgien waren gegen eine Ächtung der Hizbollah. Sie betonten, dass die proiranische Gruppierung im Libanon eine legale und anerkannte Partei sei. Diese Debatte wurde und wird jedoch nicht öffentlich geführt. Doch es ist gerade die zivile Öffentlichkeit, die sich seit dem 11. September global bedroht sieht – erst recht in einer „Zeit der Überfälle“.

Al-Qaida-Reorganisation und Globalisierung des Schreckens

Nach zehn Monaten des asymmetrischen Krieges in Afghanistan traten Anfang Juli US-Militärs nach einem Bericht der „Washington Post“ für eine neue Strategie im Kampf gegen Taliban und al-Qa’ida ein. Danach



sollten künftig die militärischen Ziele der USA am besten mit Hilfe von Special Forces und CIA-Operationen erreicht werden. Reguläre Truppen (rd. 7000 US-Soldaten) sollten sich stärker auf die Beratung und Unterstützung der Regierung Kabul konzentrieren. Die gezielten Einsätze (men hunting) sollten sich „auf die Jagd nach Taliban-Führern im südlichen Afghanistan konzentrieren sowie auf al-Qa'ida-Kämpfer, die nach Pakistan geflohen seien“. Wie vielen die Flucht geglückt war, darüber machte al-Qa'ida selbst Angaben, die Ende Mai in der in London erscheinenden Zeitung „Al Hayat“ veröffentlicht wurden: 1500 Kämpfer sollen demnach aus Afghanistan herausgebracht worden sein. Andere Schätzungen lagen noch höher. So vermutete der Terrorexperte Rolf Tophoven auf dem 5. Europäischen Polizeikongress (Bonn, 28. Mai 2002), dass sich 2000 bis 3000 „hardcore terrorists“ dem Zugriff der US-Armee bei den Kämpfen um den Bunkerkomplex Tora Bora in Ost-Afghanistan entzogen hätten. Auf selbigem Kongress vertrat Hans J. Beth, Leiter der Abteilung „Internationaler Terrorismus“ im BND, die Meinung, dass Osama Bin Laden trotz der Militäraktionen in Afghanistan noch am Le-

ben sei und in der Lage wäre, terroristische Aktionen zu organisieren: „Wir gehen davon aus, dass Bin Laden selbst und einige seiner Vertrauten weiter als Impulsgeber für Anschläge zur Verfügung stehen“. Wenige Wochen später wurden diese Einschätzungen durch den al-Qa'ida-Sprecher Abu Gaith über den in Qatar ansässigen Satelliten-TV-Sender al-Jazeera – dessen Zuschaueranzahl weltweit auf 100 Millionen geschätzt wird – bestätigt: „Ich kann sagen, dass 98 Prozent der Anführer von al-Qa'ida unbeschadet sind und dass die Organisation nicht berührt wurde. Unsere militärischen, sicherheitstechnischen, wirtschaftlichen und kommunikativen Fähigkeiten sind intakt. Wir überwachen erneut amerikanische Ziele. Die Moslems werden ihre Freude haben ... Wir hören nicht auf, Amerikaner auf der ganzen Welt zu treffen. Wir haben noch immer die Möglichkeit dazu. Die ganze Welt wird sehen, dass es nicht nur Drohungen sind ...“

Einige Nachrichtendienste beobachten eine schon im Dezember begonnene Reorganisation der angeschlagenen; aber nicht zerschlagenen al-Qa'ida, die insbesondere vom Süden der arabischen Halbinsel (Djesira) aus betrieben wurde. Die neuen Führungspersonen sind hier, in

Relation zur Veteranengeneration am Hindukusch, im Schnitt jünger als 35 Jahre, stammen vorwiegend aus wohlhabenden saudischen und jemenitischen Familien und werden last not least von ranghohen Politikern und Geschäftsleuten in ihren Heimatländern unterstützt. Zu den Männern, die ein neues Führungsnetz in mehreren arabischen Staaten aufbauen, gehörten Anfang des Jahres Saif al-Adil, früher Offizier in der ägyptischen Armee, der in Saudi-Arabien geborene Palästinenser Abu Zubaydah, ein al-Qa'ida-Kommandeur und insbesondere der Jemenit Ramsi Ibn al Schaiba, „Logistiker“ der al-Qa'ida. Sie rekrutierten, unabhängig vom alten Netzwerk, Kämpfer für neue Anschläge. Neu ist auch, dass die jungen arabischen Führungspersonen im irakischen Kurdistan, in den palästinensischen Autonomiegebieten und im Libanon rekrutieren. Die noch in Afghanistan und Pakistan verbliebenen al-Qa'ida-Kämpfer sollen die neuen Führer aufgerufen haben, die „Massaker Ungläubiger an afghanischen Zivilisten“ zu rächen. Ziel der Rache wären in Afghanistan nicht nur Soldaten der Anti-Terror-Allianz, sondern auch Ange-

hörige der UN-Schutztruppen. Aus ihren Vorhaben machten die jungen Führer keinen Hehl und gedachten, so Udo Ulfkotte Mitte Februar, „schon jetzt im Internet etwa auf der Seite www.azzam.com der ‚Märtyrer‘ ihres, Djihâd in Afghanistan“. Auf

September zwar viele mutmaßliche Hintermänner von al-Qa'ida öffentlichkeitswirksam festgenommen hatten, mangels Beweisen fast alle jedoch still und leise wieder freilassen mussten ...“

Doch nicht nur europäische

hinzü, die im Sudan von der al-Qa'ida angeboten wurden, sind wohl im Zeitraum einer Dekade (1992-2001) insgesamt mehr als 20.000 Freiwillige durch die Camps des „Soldaten des Islam“ gelaufen.

Es ist die gemeinsame Ausbil-

Der neue Präsident Afghanistans, Hamid Karsai (I) vereidigt am 24.06.2002 Afghanistans Übergangskabinett. Karsai hatte sich bemüht die neue Regierung unter ausgewogener Repräsentanz der verschiedenen Volksgruppen des Landes zusammenzustellen. Fotos (6): dpa



ähnlichen Seiten äußern sie sich unverhohlen amüsiert über die geringen Aufklärungserfolge europäischer Sicherheitsdienste, die in den Monaten nach dem 11.

Sicherheitsorganisationen tun sich mit diesem Typus neuer Terroristen schwer, was die militärischen Auseinandersetzungen am Hindukusch mehr als deutlich machten. Der dortige zeitlich kurze asymmetrische Konflikt hat zwei Kriegsschauplätze von zeitlich unbefristeter Dauer hinterlassen. Zum einen den lokalen Kriegsschauplatz Afghanistan. Für den Westen wohl bedrohlicher ist der potentiell globale Kriegsschauplatz, verstärken doch in der kommenden Zeit 1500 oder mehr Djihâd-Soldaten ein ohnehin schon viele tausend Kämpfer umfassendes terroristisches Netzwerk in den arabischen Ländern, in Amerika und in Europa. Die Größenordnung des Netzwerkes macht die Bedrohungspotenz deutlich. Zum Djihâd-Soldaten wurden in den afghanischen Camps der al-Qa'ida Muslime aus dem subsaharischen Afrika, der gesamten arabischen Welt, aber auch den Ländern Zentral-, Süd- und Südostasiens ausgebildet. Nimmt man die paramilitärischen Schulungen für Muslime

dung insbesondere in den paramilitärischen Camps in Afghanistan, die aus in islamistischen Gruppen eingebundenen Gotteskrieger (aligned Mujahidin), den in der Militärorganisation al-Qa'ida hierarchisch eingebundenen Djihâd-Soldaten und völlig ungebundenen (non-aligned) Mudjahidin, die keiner bestehenden Organisation verpflichtet sind, ein globales terroristisch-islamistisches Netzwerk hat entstehen lassen – das die von ihr bedrohte Welt al-Qa'ida nennt. Seit Mitte des Jahres sind verstärkt ungezählte Kleingruppen von al-Qa'ida-Kämpfern unterwegs, von denen wohl nur ein Teil in der Region Südasiens – dessen Kaschmirkonflikt in diesem Jahr die Gefahr eines Nuklearkrieges zwischen den Atommächten Pakistan und Indien schon zwei mal in die Nähe der Vorstellbarkeit rückte – bleiben wird. In welchen anderen Regionen diese Terroristen einsickern werden, wird die nahe Zukunft zeigen. Schon im Sommer dieses Jahres drohte die al-Qa'ida mit Anschlägen zum er-



US-Präsident George W. Bush kündigt in einer Rede vom 10.07.2002 im Kampf gegen den Terrorismus den Aufbau eines neuen Ministeriums für Heimatschutz an. Kernstück der Behörde soll ein Büro sein, das Erkenntnisse der Geheimdienste CIA und NSA, des Bundeskriminalamtes FBI, der Zoll- und Einwanderungsbehörde über mögliche Terroraktivitäten zusammenträgt und analysiert.

sten Jahrestag des 11. September. Die Drohung galt nicht nur den USA und Israel, sondern auch dem Vereinigten Königreich und damit Europa. Ob dieser Drohungen sind – ganz allgemein – große Teile insbesondere der Zivilbevölkerung einer „abstrakten Gefährdung“ ausgesetzt, wahrscheinlich auf längere Zeit. Ter-

rorakte gegen Zivilpersonen machen in einer „Zeit der Überfälle“ mehr als deutlich, dass die abstrakte Gefährdung auch ganz konkret werden kann – zu jeder Zeit, an jedem Ort und ohne Ausnahme.

Quellenangaben können in der Redaktion oder unter www.gdp.de abgefragt werden.

Wörterklärungen

<i>al-Aqsa-Intifada</i>	siehe Intifada; al-Asqa = zweite Konfrontation von Palästinensern und Israelis, deren Ursprung im September 2000 auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem liegt
<i>al-Qa'ida</i>	arabisch = die Basis, das Fundament
<i>Assassinen</i>	von assas, arabisch = Wächter; Anhänger eines im 11. Jahrhundert in Nordpersien entstandenen schiitischen Geheimbundes
<i>Asymmetrischer Krieg</i>	Krieg zwischen regulären Einheiten von Staaten und irregulären Einheiten nicht staatlicher Akteure
<i>djihad</i>	arabisch = Anstrengung, Bemühung; der Heilige Krieg zur Verteidigung, Bewahrung oder Ausbreitung des Islam
<i>fadaijin</i>	arabisch = opferbereite, zum Märtyrertod bereite Kämpfer
<i>Hizbollah</i>	im Iran Anfang der 1980er begründete Partei Gottes (Allah)
<i>Intifada</i>	arabisch = Erhebung, abschütteln; Bezeichnung für den ersten Aufstand der Palästinenser (1987-1993)
<i>Mudjahidin</i>	Kämpfer, die im Namen Allahs in den Heiligen Krieg ziehen
<i>Taliban</i>	von talib, arabisch = Student; in Afghanistan 1994 begründete islamisch-fundamentalistische Bewegung
<i>tribal religion</i>	von trib: englisch = (Volks)stamm
<i>Wahhâbit</i>	Anhänger einer im 18. Jahrhundert entstandenen islamischen Bewegung auf der arabischen Halbinsel

Terrorismus- bekämpfung in Europa

Auch in der Europäischen Union ist es wie im richtigen Leben: Unmittelbar nach den Terroranschlägen vom September 2001 in den USA herrschte wilde Entschlossenheit, sich der terroristischen Bedrohung entgegen zu stellen. Inzwischen ist der Schwung zwar nicht vollends raus, aber die politischen Mühlen mahlen wieder im gewohnten Tempo – und das ist bekanntlich in der EU nicht das schnellste. Der Teufel steckt nämlich im Detail; auf europäischer Ebene sind das die höchst unterschiedlichen nationalen Gesetze zur Terrorismus- bzw. Kriminalitätsbekämpfung.

Der von der EU-Kommission genau acht Tage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vorgelegte Entwurf eines Rahmenbeschlusses des Rates zur Terrorismusbekämpfung zeigt geradezu exemplarisch auf, dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit von den nationalen Regelungen bestimmt wird. Artikel 29 des EU-Vertrages nennt Terrorismus ausdrücklich als eine Kriminalitätsform, die man auf dreifacher Weise bekämpfen und verhüten will:

1. durch eine engere Zusammenarbeit der Polizei-, Zoll- und anderer zuständiger Behörden in den Mitgliedsstaaten einschließlich EUROPOL,
2. durch eine engere Zusammenarbeit der Justiz – und anderer zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten,
3. durch die Annäherung der Strafvorschriften.

Gerade der letzte Punkt bereitet große Schwierigkeiten, und dies nicht erst seit den Terroranschlägen in den USA. Der nach dem 11. September 2001 verkündete Wille auf der Sondersitzung des Rates für Justiz und Inneres, zu einer einheitlichen Definition des Terrorismus zu kommen, wurde von Öffentlichkeit und Medien als große Neuigkeit und Einsicht gefeiert. Tatsache ist jedoch, dass das Bemühen um eine solch einheitliche Definition seit Jahr und Tag andauert, bislang

allerdings ohne Erfolg. Hemmnis waren die unterschiedlichen Auffassungen von Spanien hinsichtlich der ETA einerseits und der Republik Irland zur IRA andererseits gewesen.

Rechtsvorschriften noch unterschiedlich

Der jahrzehntelange Streit beleuchtet die unterschiedlichen politischen Sichtweisen: Für die Einen handelt es sich um Terroristen, für die Anderen um Freiheitskämpfer. In so weit hat also der 11. September 2001 dieser schier endlosen Debatte ein Ende bereitet.

Die Terroranschläge in den USA haben den entscheidenden Schub gebracht, den Weg zu einheitlichen Rechtsvorschriften zum Terrorismus zu ebnen. Bislang verfügen nämlich einige EU-Mitglieds-Länder über keine besonderen Bestimmungen, sondern ahnden terroristische Handlungen wie gewöhnliche Straftaten. Andere Mitgliedsstaaten kennen spezielle Gesetze, die entweder den Begriff Terrorismus ausdrücklich nennen oder sogar terroristische Straftaten definieren. Zu diesen Ländern zählen: Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Spanien und Großbritannien. Den entsprechenden Rechtsvorschriften dieser Länder ist gemeinsam, dass der verfolgte

Zweck eine „gewöhnliche“ Straftat zu einer „terroristischen“ macht. Als Zweck wird allgemein der Vorsatz genannt, die Grundprinzipien und tragenden Elemente des Staates wesentlich zu verändern bzw. zu zerstören und/oder die Bevölkerung einzuschüchtern.

Der Rahmenbeschluss für die Definition des Begriffs „terroristische Straftat“ spricht von einer Handlung, „die von einer Einzelperson oder einer Vereinigung gegen ein oder mehrere Länder bzw. deren Institutionen oder Bevölkerung mit dem Vorsatz begangen wird, sie einzuschüchtern und die politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Strukturen eines Landes ernsthaft zu schädigen oder zu zerstören“.

Auch das Anführen, die Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder die Beteiligung an einer solchen

sind als eigenständige Straftatbestände anzusehen und wie terroristische Straftaten zu behandeln.

EU-Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl

Ähnlich schwer wie bei der Definition des Terrorismus hatte sich die EU mit der Vereinfachung der internationalen Strafverfolgung getan. Das galt auch für die Ausschreibung per Haftbefehl gesuchter Personen, die sich im EU-Ausland befanden. So war die Idee eines EU-Haftbefehls schon längere Zeit in der Diskussion.

Am 19. September 2001, acht Tage nach den Terroranschlägen in den USA, hatte die Europäische Kommission den „Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über den Eu-



Otto Schily auf der Pressekonferenz nach der außerordentlichen Ratstagung der EU-Justiz- und Innenminister am 20.09.2001 in Brüssel: Er will bei seinen EU-Amtskollegen auf eine bessere Einbeziehung der europäischen Polizeibehörde Europol bei der Terroristenfahndung dringen.

Foto: dpa

ropäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten“ vorgelegt. Auf 58 Seiten waren die Modalitäten dieses EU-Haftbefehls festgelegt worden. Das ganze Vorhaben basierte auf der wahrlich nicht neuen, aber eben durch die Terroranschläge mehr als dringlich gemachten Erkenntnis, dass das bislang gültige Europäische Auslieferungsbereinkommen vom 13. Dezember 1957 einschließlich seiner Ergänzungen sowie das Europäische Übereinkommen zur Terrorismusbekämpfung vom 27. Januar 1977 völlig überholt sind. Ganz im Sinne der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere hatte die Kommission am 19. September 2001 unter dem Eindruck der Terroranschläge das Konzept des Europäischen Haftbefehls vorgelegt.

Der Katalog dieses Haftbefehls umfasst 32 Straftaten, von

denen Italien zunächst nur die ersten sechs Punkte akzeptieren wollte:

- Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung
- Terrorismus
- Menschenhandel
- sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie
- illegaler Handel mit Drogen und psychotropen Stoffen
- illegaler Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoffen

Abgelehnt wurden von Italien u.a. folgende Delikte:

- Korruption
- Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften
- Geldwäsche
- Euro-Fälschung
- Betrugsdelikte
- Erpressung und Schutzgelderpressung
- Tötungsdelikte
- Entführung, Freiheitsberaubung und Geiselnahme

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Italiens Regierungschef Berlusconi befürchtete offenbar, die Voraussetzungen für seine eigene Verhaftung zu schaffen, weil ein hartnäckiger Untersuchungsrichter in Spanien seine Aktivitäten als Medienzart unter die Lupe genommen hatte.

Schließlich gelang auf dem EU-Gipfel in Brüssel im Dezember 2001 die Ergänzung in letzter Minute. Die Lösung ist typisch italienisch: Man stimmte unter der Voraussetzung dem EU-Haftbefehl zu, dass zuvor das nationale italienische Recht dies zulassen muss. Das kann dauern!

EUROPOL-Zuständigkeit aufgewertet

Ein Wort zu der Zuständigkeit von EUROPOL für die Bekämpfung des Terrorismus. Eben weil viele Mitgliedsstaaten der EU den Terrorismus eher als nationale Bedrohung begriffen haben, wurde die Zentralstellenfunktion von EUROPOL zu diesem Thema jahrelang nur unzureichend akzeptiert. Gleiches gilt für die USA, die ganz gezielt

EUROPOL gemieden und den Kontakt zu den nationalen Sicherheitsbehörden in Europa gepflegt haben. Das ist jetzt anders. Die Mitgliedsstaaten haben 20 zusätzliche Beamte nach Den Haag geschickt. Ergebnis: durch die eingehenden Analysen wurden Reisebewegungen nachvollziehbar, die für spätere Beweisführungen genutzt werden konnten. Die Auswertung zu Kommunikations- und Reisewegen belegen den Eindruck, dass die Islamisten in Europa nicht ein festgefügt, sondern ein lockeres, allerdings miteinander verbundenes Netz bilden.

Zwischenbilanz

Eine Zwischenbilanz der bisherigen Aktivitäten auf EU-Ebene seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zog der Europäische Gipfel auf seiner Sitzung am 21./22. Juni 2002 in Sevilla. Ganz klar, im Schlussdokument der Sitzung lobte man zunächst sich selbst, stellte dann aber auch fest, dass die Bekämpfung des Terrorismus nicht einmal im Kontext der EU ausreichend ist. Vielmehr betonte der Europäische Rat, dass die Bekämpfung des Terrorismus ein weltweites Konzept zur Stärkung der internationalen Koalition gegen den Terrorismus und zur Verhütung und Stabilisierung regionaler Konflikte erfordere. Dazu gehörte u. a., dass die Europäische Union

- den politischen Dialog mit den Drittländern auf die Bekämpfung des Terrorismus, sowie auf die Nichtverbreitung und die Kontrolle von Rüstung konzentriert
- Drittländer dabei unterstützt, auf die internationale terroristische Bedrohung im eigenen Land wirksam zu reagieren
- Klauseln über die Terrorismusbekämpfung in EU-Abkommen mit Drittländern einbezieht
- ihre Beziehung zu Drittländern dahingehend überprüft, welche Haltung sie zum Terrorismus einnehmen, um darauf „geeignet“ (was das ist, ist nicht näher erläutert) zu reagieren. **W.D.**

Pokalsieg für Hessen

Rund 1200 Polizistinnen und Polizisten wurden am 1. August 2002 in einer vom Land Hessen ausgerichteten Feierstunde vom mittleren in den gehobenen Dienst überführt. Damit ist Hessen das erste Land, das Polizistinnen und Polizisten ausschließlich im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt.

„Den würde ich am liebsten behalten“, sagte Hessens Innenminister Volker Bouffier, als er stellvertretend für die Hessische Landesregierung den eigens von

„Die gebremste Polizei“ hat sie 1972 den Grundstein für die jetzt mit dem ersten großen Erfolg gekrönte Kampagne gelegt.

„Der mittlere Dienst für die



Zufrieden mit dem Pokalsieg – v. l. n. r. (ohne Pappkameraden!): Hessens Ministerpräsident Roland Koch, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Hessens Innenminister Volker Bouffier und Hessens GdP-Landesvorsitzender Jörg Stein

der GdP gestifteten Wanderpokal „100 Prozent zweigeteilte Laufbahn“ aus den Händen des GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und des Landesbezirksvorsitzenden Jörg Stein entgegennahm.

Den Pokal wird er wohl tatsächlich noch eine Weile behalten, denn frühestens 2005 wird er das gute Stück an den nächsten Landesinnenminister – aller Voraussicht nach an seinen niedersächsischen Kollegen – weitergeben müssen.

Grundstein war „Die gebremste Polizei“

Vor 30 Jahren hat die GdP angesichts ständig steigender Anforderungen an den polizeilichen Dienst eine höhere Qualifizierung und damit eine höhere Bewertung des Polizeidienstes gefordert. Mit ihrer Broschüre

Polizei ist ein Auslaufmodell und gehört eingemottet“, appellierte GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg an den Bundes- und die Länderminister. „Wir müssen dafür sorgen, dass das GdP-Patent ‚zweigeteilte Laufbahn‘ weiter verbreitet wird. Das heißt: die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern sind nicht nur eingeladen – sie sind aufgefordert, unser Patent zu nutzen und die zweigeteilte Laufbahn überall in Deutschland zu vollenden.“ Jörg Stein, GdP-Landesbezirksvorsitzender Hessen, hieb in die gleiche Kerbe: „Wir wären schlechte Gewerkschafter, wenn wir nicht auch an die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern denken würden.“

Die rot-grüne Landesregierung Hessens unter dem heutigen Bundesfinanzminister Hans Eichel hatte 1991 mit der Umset-

zung der zweigeteilten Laufbahn begonnen, die „nun durch schwarz-gelb mit Roland Koch beendet wird“. Stein hält dies für den Beweis, dass alle politischen Parteien vom Grundsatz für die zweigeteilte Laufbahn seien, es wegen des föderativen Aufbaus in Deutschland aber keine länderübergreifende Gleichbehandlung für Polizisten und Polizistinnen gebe.

Innenminister Bouffier hatte eigens seinen Urlaub für den Wiesbadener Festakt unterbrochen, denn der 1. August 2002, sei „... ja, man kann ruhig auch sagen, ein historischer Tag für die Hessische Polizei“. Mit der Überleitung der landesweit insgesamt rund 2.900 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des mittleren in den gehobenen Dienst ist die zweigeteilte Laufbahn in der Hessischen Polizei vollendet. Bouffier: „Die Hessische Polizei ist damit bundesweit absolute Spitze. Sie ist die erste Polizei, in der die Dienstränge eines Polizeimeisters, Polizeiobermeisters und Polizeihauptmeisters ausgedient haben. Damit verfügt Hessen über die bestbezahlteste Polizei in Deutschland.“ Das sei Ausdruck der Wertschätzung, „... die Politik Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen entgegen bringt“, sagte Volker



GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg hofft, dass der GdP-Wanderpokal eine sehr begehrte Trophäe wird. „ Sie soll nämlich ein Qualitätsmerkmal sein. Sie steht für die Qualität polizeilicher Arbeit, für die Gewährleistung der inneren Sicherheit, für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger – sie steht für die Qualität der Wertschätzung und Bewertung dieser Arbeit durch die Politik in Bund und Ländern.“

Hoher Stellenwert der Polizei in Hessen

Der hessische Innenminister verwies in seiner Rede auf den



Freude auch bei den Betroffenen – etwa 1.200 Polizistinnen und Polizisten wurden in der Feierstunde in den höheren Dienst überführt.

Fotos: Video Art

Bouffier den rund 1.200 im ehrwürdigen Wiesbadener Kurhaus versammelten Polizistinnen und Polizisten.

hohen Stellenwert, den die Polizei bei der Landesregierung genieße. So habe die Landesregierung rund 10.000 neue Com-

ZWEIGETEILTE LAUFBAHN

puterausstattungen beschafft, mit „POLAS“ stehe das bundesweit modernste und führende Fahndungsdatensystem zur Verfügung, die Polizei fliege einen neuen nachflugtauglichen Hubschrauber; zudem sei Hessen das erste Land, in dem die Beamtinnen und Beamten flächendeckend mit der neuen Einsatzmunition und mit Pfefferspray ausgerüstet seien.

Ministerpräsident Dr. Roland Koch fand in seinem Grußwort deutliche Worte. Dass hier eine Entscheidung umgesetzt werde, um die lange gestritten wurde

und den hessischen Steuerzahler rund 35 Millionen Euro jährlich koste, sei keine Selbstverständlichkeit. Gruppen, die nun vergleichbare Ansprüche stellten, müsse er entgegen halten, dass sich die Polizei in einer besonderen Situation befinde. Koch: „Da gibt es keine Polizeibeamtin und keinen Polizeibeamten, der oder die mitten in einem Demonstrationseinsatz auf die Uhr schaut und sagt, das war's, ich mache jetzt Feierabend.“ An die Gäste gewandt sagte der Ministerpräsident, er halte eine „akademische Polizei“ für notwendig.

Die Komplexität der Aufrechterhaltung der Sicherheitsarchitektur mache eine hohe Qualifikation der Beamten notwendig.

Neue Länder und BGS besonders im Blick

Besonderes Augenmerk will die GdP nun auf die Entwicklungen in den neuen Ländern und vor allem beim Bundesgrenzschutz legen. Mit nur 21 Prozent Beamten im gehobenen und höheren Dienst hält die Bundespolizei – nach einer GdP-Erhe-

bung – im Vergleich die rote Laterne. Auch Baden-Württemberg zeigt sich mit der schlechtesten Quote der Alt-Länder (48 Prozent) noch weit vom Pokals entfernt. Auf die Zielgerade eingeschwenkt sind Rheinland-Pfalz (74 Prozent), Nordrhein-Westfalen (83 Prozent) und Niedersachsen mit bereits 88 Prozent.

Eine Übersicht über die aktuellen Werte gibt es im GdP-Internet unter www.gdp.de, Suchwort „100%“

MiZi

Der Weg des GdP-Patents

Permanent und konsequent verfolgt die GdP eines ihrer wichtigsten Ziele, die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, seit nunmehr 30 Jahren. Im Folgenden einige Meilensteine auf dem Weg zum ersten 100-Prozent-Erfolg:

1972 Die GdP gibt mit ihrer Broschüre „Die gebremste Polizei“ den Anstoß für eine bundesweite Diskussion um die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten und die Bewertung ihrer Arbeit. Sie analysiert und beschreibt nicht nur die Notwendigkeit einer dem gewachsenen Sicherheitsanspruch der emanzipierten Bürger entsprechenden Ausbildung, sondern entwickelt zugleich ein modernes, adäquates Bildungsprogramm: für den allgemeinen Polizeidienst wird das Fachhochschulstudium und für den leitenden Polizeidienst das Hochschulstudium verlangt. Die Forderung nach der zweigeteilten Laufbahn ist geboren.

1973 Eine Studie im Auftrag der Innenministerkonferenz zur sozialen Lage der Polizei bestätigt die GdP in ihren Auffassungen: „Heute ist es jedoch offensichtlich, dass zahlreiche Funktionen der Polizei eine höherwertige Vor- und Ausbildung erfordern und daher dem gehobenen Dienst zuzuordnen sind. Entsprechendes gilt für das Verhältnis des gehobenen Dienstes zum höheren Dienst ...“

1979 Der GdP-Bundeskongress beschließt, dass sich der Gewerkschaftsvorstand für eine Änderung des Laufbahnrechts der Polizei einsetzen soll. Der Begriff „zweigeteilte Laufbahn“ wird offizielle Bezeichnung für das gewerkschaftlich initiierte Bildungs-Konzept der Polizei. In den Polizeien der Länder beginnt der Umstieg auf das obligatorische sechssemestrige Studium für den gehobenen Polizeidienst.

1985 „Ein Kommissar in jeden Streifenwagen“ – die Forderung des GdP-Vorsitzende Günter Schröder in einem Pressegespräch erregt Aufsehen. Die Begründung der Forderung: weil der Polizeidienst von seinem Anforderungsprofil in den gehobenen Dienst gehört.

1991 In mehreren Ländern, so in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, wird der Anteil des gehobenen Dienstes zu Lasten des mittleren Dienstes ausgeweitet. Damit kommt Bewegung in ein Gefüge, das jahrzehntelang praktisch als unveränderbar gegolten hat. Wichtige Schützenhilfe wird dabei das Gut-

achten der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum, die in einem Gutachten zur „Funktionsbewertung der Schutzpolizei“ im Sommer 1991 ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass mit wenigen Ausnahmen die schutzpolizeiliche Tätigkeit dem gehobenen Dienst zuzuordnen sei.

1992 Der GdP geht die Umsetzung zu langsam: der Bundesvorstand verabschiedet im März ein Thesenpapier zur zweigeteilten Laufbahn, und im gleichen Monat nehmen in München über 800 Kolleginnen und Kollegen an einer bundesweiten Demonstration teil, um diesem Ziel Nachdruck zu verleihen. Der Druck der GdP zahlt sich aus. Noch im gleichen Jahr weiten u.a. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz den gehobenen Dienst deutlich aus. Zugleich sorgt die GdP dafür, dass die Älteren in der Polizei nicht vergessen werden. Sie bekommen die Möglichkeit des Aufstiegs in den gehobenen Dienst über eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle.

1996 Nachdem seit 1979 die Ausbildung für den gehobenen Dienst an Fachhochschulen stattfindet, soll nun folgerichtig die Polizeiführungsakademie in Münster zu einer Hochschule für Polizei weiter entwickelt werden. Die GdP stellt am 3. Juli 1996 in einer Pressekonferenz ihre Vorstellungen zur Zukunft des höheren Polizeidienstes vor: Kern-

punkt ist die Bildung der Deutschen Hochschule der Polizei.

1998 Die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ist in Bund und Ländern unterschiedlich vorangeschritten. Spitzenreiter ist das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von fast 77 Prozent im gehobenen Dienst, gefolgt von Hessen (ca. 62 Prozent), Rheinland-Pfalz (knapp 60 Prozent) und Niedersachsen (58 Prozent). Dieser Fortschritt stellt sich vor allem ein, weil die GdP in ihren Landesbezirken und Bezirken bei Beratungen mit den Landtagen hartnäckig entsprechende Veränderungen der Stellenpläne vertrat.

2002 Als erstem Bundesland ist es Hessen gelungen, die zweigeteilte Laufbahn zu vollenden. Die GdP stiftet einen Wanderpokal für alle Innenminister, die in ihrem Land die zweigeteilte Laufbahn zu 100 % umgesetzt haben.

Darüber hinaus kann die GdP auf einen weiteren Erfolg verweisen: NW-Innenminister Dr. Fritz Behrens kündigt im Frühjahr an, der Gesetzentwurf zur Deutschen Hochschule der Polizei werde noch in diesem Jahr dem Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Dieser Zusage ist ein langwieriger Meinungsbildungsprozess bei den Innenministern von Bund und Ländern vorausgegangen, der immer wieder die Überzeugungskraft der GdP gefordert hatte.

Tez

Einsatz mit Spezialgerät



Bernd Manthey (Mitte), Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, informiert GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg (rechts) und Heinz Kiefer, stellv. GdP-Bundesvorsitzender. Foto: hol

Informationen über den Einsatz der Bereitschaftspolizeien in den Hochwassergebieten erhielten der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg und Heinz Kiefer, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Vorstand der GdP zuständig für polizeiliche Großlagen aus erster Hand: der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Bernd Manthey, informierte Mitte August in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin unter anderem darüber, dass allein in Sachsen 3.000 Polizistinnen und Polizisten der Bereitschaftspolizeien – davon rund 2.100 aus neun Bundeslän-

dern – im Einsatz waren; darunter 600 Spezialisten der technischen Einheiten mit schwerem Spezialgerät sowie Tauch- und Rettungsausrüstungen.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Hier zeigt sich, dass wir aus gutem Grund seit Jahren um den Bestand der Bereitschaftspolizeien und ihre Ausrüstung gekämpft haben. Diese Einsätze dürften jedem Politiker klar machen, dass die Bereitschaftspolizeien der Länder gestärkt und ihre Ausrüstung weiter verbessert werden müssen.“

hol

SOLIDARITÄT

Spendenaufruf

Die GdP ruft zur Unterstützung der vom Hochwasser betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf.

Die Bilder von den dramatischen Überschwemmungen haben große Bestürzung und eine Welle der Hilfsbereitschaft hervorgerufen. Die Katastrophe ereilte die Menschen völlig überraschend und viele, auch Kolleginnen und Kollegen, stehen jetzt vor einem Nichts. So verloren Kolleginnen und Kollegen in den von dem Hochwasser heimgesuchten Regionen, während sie selbst im unermüdlichen Einsatz für andere waren, ihr eigenes Hab und Gut durch die Wassermassen.

Hier ist dringend auch kollegiale Hilfe notwendig!

Der Geschäftsführende Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei ruft dazu auf, Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu zeigen. Einzelne Landesbezirke haben bereits Maßnahmen getroffen, um Hilfsangebote zu koordinieren.

Der GdP-Bundesvorstand hat ein bundesweites Spendenkonto zur Unterstützung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen eingerichtet:

SEB Bank AG Düsseldorf
Stichwort:
„Hochwasseropfer“
BLZ 300 101 11
Kontonummer:
13 51 14 66 02

Konrad Freiberg
GdP-Bundesvorsitzender

Gespräch mit BundeswehrVerband

Zu einem aktuellen Gespräch empfing am 14. 08. 2002 GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg den Bundesvorsitzenden vom Deutschen BundeswehrVerband, Oberst Bernhard Gertz. Im Vordergrund standen dabei die Sichten auf mögliches gemeinsames Handeln in sozialen Fragen gegenüber dem Arbeitgeber, wie es z. B. bei einer Demonstration gegen Pensionskürzungen im vergangenen Jahr bereits Praxis war. Einig war man sich über die Aufgabenabgrenzung von Polizei und Bundeswehr im Hinblick auf innere Sicherheit, aber auch in Fragen der Verbesserung der Zusammenarbeit und Unterstützung bei Auslandseinsätzen. Weitere Konsultationen zwischen der GdP und dem BundeswehrVerband sind angedacht.

Tetz



Der Vorsitzende des Deutschen BundeswehrVerbandes, Oberst Bernhard Gertz, im Gespräch mit GdP-Bundesvorsitzendem Konrad Freiberg in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.

Foto: Tetz

JUNGE GRUPPE

Vorgestellt: Sascha Göritz

Sascha Göritz, 28 Jahre alt, Polizeioberkommissar in Goslar, seit Mai Vorsitzender des Bundesvorstandes der JUNGEN GRUPPE (GdP).

Ein Kollege über ihn: „Er hat immer gute Laune, ist ausgeglichener, fachlich gut drauf, kameradschaftlich, einsatzbereit“ – Nur Positives? „Naja, er isst sehr gern...“

Gewerkschaft ist für Sascha Goeritz die beste Chance, Ansprechpartner für alle beruflichen Sorgen zu finden. „Als Einzelner kannst du bestimmte Themen gar nicht angehen oder eigene Vorstellungen einbringen.“ Sich zu engagieren liegt ihm offenbar im Blut. Erfahrungen sammelte er in der Schülervertretung und in der kirchlichen Jugendarbeit. Sein Berufsethos hängt er hoch: professionelles Arbeiten gehört dazu, 120 %iger Einsatz – ob bei Verfolgungen von Straftaten oder in der Präventionsarbeit. All das und sein Credo „Meckern allein nutzt nix!“ prädestinieren ihn schließlich für das neue Amt. Vehement transportiert er die JUNGE-

GRUPPE-Themen an die richtigen Adressen, fragt nach, bis er Aussagen und Zusagen hat. Themen wie Kampf gegen Kinderpornografie im Internet, Gewalt im häuslichen Bereich und die effiziente und praxisnahe Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten sind gegenwärtig aktuell. Dass vieles so langsam voran geht, nervt, aber Sascha hat seine Lektionen bereits gelernt: „Wenn du etwas erreichen willst in der Politik, ist Ausdauer gefragt, nicht locker lassen.“ Das erfordert eine Menge Kleinarbeit. Hier kommt ihm möglicherweise sein – wie er selbst meint – „gesundes Phlegma“ zugute: mit dem geringsten Aufwand das Optimale heraus holen. Außerdem steht er nicht allein im politischen Gegenwind. Beste Unterstützung bekommt er vom Bundesjugendvorstands-Team. „Die ausgewogene Ost-West-Nord-Süd-Mischung transpor-



Sascha Göritz

Foto: Tetz

tiert gut den Pulsschlag im Land und das hohe Engagement und die Erfahrungen der Leute auf Landesebene kommen uns allen zugute.“

Gemessen werden Sascha Göritz und seine Crew schließlich an den Ergebnissen. Aber wie sagt er doch oft: „Probleme gibt es nicht, nur Aufgaben, die es zu lösen gilt!“ Hilfreich sind ihm daher sicher auch die drei e's, die ihm nachgesagt werden: emsig, effektiv, energisch.

Tetz

Wie sicher ist das digitale Funk-system?

Sind Funkwellen gefährlich? So die Überschrift eines Artikels von Dipl.-Ing. Manfred Kühn-berger (DP 7/98). Der Verfasser wies u. a. darauf hin, dass für die allgemeine Technikakzeptanz – und damit insbesondere für den Mobilfunk – gilt: erst wenn die Vorteile, der Nutzen und die Sicherheit für den Benutzer allgemein bekannt sind, werde auch die Technik akzeptiert.

Wie die GdP von der „Police Federation of England and Wales“ erfuhr, können beim dort eingeführten, auf TETRA basierenden Airwave-System, gesundheitliche Risiken nicht ausgeschlossen werden: Sie könnten von der pulsierenden Strahlung dieses Systems ausgehen; das hätten unabhängige englische Wissenschaftler bestätigt – sie

könnte das Hirngewebe angreifen und Leukämie und Lymphome erzeugen.

In Deutschland gibt es zum derzeit in Aachen getesteten TETRA-System offensichtlich noch keine gesicherten Erkenntnisse, die ein Gesundheitsrisiko für die Anwender ausschließen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat nämlich zwei Projekte gestartet, in denen die gesundheitlichen Risiken, die von einem TETRA-System ausgehen könnten, erforscht werden sollen. Untersuchungen an Menschen sind bislang nicht bekannt, so die BAuA. Die Projekte sollen im März 2004 abgeschlossen sein.

Die GdP stellt fest, dass bisher zwar umfangreiche Untersuchungen zu Kosten, Technik und

Infrastrukturinvestitionen durchgeführt wurden, jedoch nicht zu Gesundheitsrisiken.

Allerdings hat die Bundesregierung auf die Diskussion über mögliche gesundheitliche Gefährdungen durch elektromagnetische Felder der Mobilfunk-sendeanlagen und Mobilfunk-geräte reagiert: zwischen 2002 und 2005 unterstützt sie mit über 20 Mio. Euro die Forschung über gesundheitliche Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung.

Sorgfältige Risiko-bewertung nötig

Die Diskussion über mögliche gesundheitliche Gefährdungen und die eingangs erwähnten Hinweise des Dipl.-Ing. Kühnberger waren für die GdP Anlass, die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) aufzufordern, vor ei-

ner Systemscheidung eine sorgfältige Bewertung möglicher Gesundheitsgefahren, die von diesem System ausgehen können, vorzunehmen. Dabei sollte sich die Bewertung möglicher Gesundheitsrisiken auf gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse stützen und noch vor der bundesweiten Einführung und Anwendung eines neuen Systems erfolgen. Ansonsten werden Fakten und wirtschaftliche Zwänge geschaffen, die hohe Anforderungen an die Beweiskraft von Argumenten zu ihrer möglicherweise gebotenen Einschränkung zur Folge hätten.

Die GdP bleibt jedoch bei ihrer Forderung, die analoge Funk-technik für die BOS, durch einen modernen digitalen Sprach- und Datenfunk schnellstmöglich zu ersetzen. Es kann und darf nicht sein, dass die Polizei weiterhin technisch der organisierten Kriminalität hinterherhinkt. **HMue**

Wahl-Hilfe

Zusammengestellt von Anja Weusthoff

Seit Frühsommer 2002 liegen die Programme aller im Bundestag vertretenen Parteien für die Bundestagswahl am 22. September 2002 vor. DEUTSCHE POLIZEI hat daraus die Positionen der Parteien zu den für unsere Gewerkschaft wichtigen Themen zusammengestellt: nachfolgend zur Beschäftigungspolitik und zu den sozialen Sicherungssystemen; die Bereiche öffentlicher Dienst und innere Sicherheit wurden in DP 8/02 beleuchtet.

Beschäftigungspolitik



„Arbeit für alle ist und bleibt zentrales Ziel unserer Politik.“

Stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit bleiben die zentralen Anliegen sozialdemokratischer Politik. Dabei will die SPD auch für die Zukunft auf soziale Sicherheit, Teilhabe und Mitbestimmung setzen, weil sie das erfolgreiche europäische **Sozialstaatsmodell** ausmachen.

Um Planungssicherheit für private Haushalte und Unternehmen zu schaffen, haben sich die Sozialdemokraten auf die Steuerreformschritte 2003 und 2005 festgelegt: Der Grundfreibetrag soll auf 7.664 – im Jahr 2005 angehoben, der **Einkommensteuersatz** auf 15 % und der **Spitzensteuersatz** auf 42 % gesenkt werden.

Betont wird auch, dass sich **Tarifautonomie** und **Flächentarifvertrag** bewährt, aber starke und gut organisierte Sozialpartner zur Voraussetzung haben, deren Chancengleichheit insbesondere in Tarifaueinandersetzungen gesichert sein müsse. Das **Bündnis für Arbeit** soll fortgesetzt und verbindliche Absprachen mit den Sozialpartnern angestrebt werden.

Arbeitsverhältnisse sollen klar normiert, sozial abgesichert und existenzsichernd sein. Flexibilität

soll nicht zu Lasten sozialer Sicherheit gehen. Einer modernen und flexiblen **Arbeitszeitpolitik** komme eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. In der Nutzung flexibler Arbeitszeitgestaltung sehen die Sozialdemokraten ein großes Beschäftigungspotential, das durch die Förderung qualifizierter Teilzeit- und tarifvertraglich vereinbarter Arbeitszeitmodelle stärker erschlossen werden soll.

Die **Bundesanstalt für Arbeit** und insbesondere die Arbeitsvermittlung sollen grundlegend reformiert und modernisiert werden. Aufbau und Arbeitsweise der Bundesanstalt sollen ausgerichtet sein auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Arbeitsmarktpolitik.

Durch eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** will die SPD zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf das Niveau vergleichbarer Industrieländer beitragen. Dazu streben die Sozialdemokraten an, im Einvernehmen mit den Ländern in den nächsten Jahren ein Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ von Seiten des Bundes über vier Jahre mit jährlich 1 Mrd. Euro zu fördern.



„Unsere wichtigsten politischen Ziele sind Arbeit und Wohlstand für alle.“

Als Leitsätze für mehr Beschäftigung nennen CDU und CSU: Arbeitslose fördern und fordern, Arbeitsmarkt entriegeln, Arbeitnehmer und Unternehmen entlasten.

Um Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen haben die Unionsparteien das **Programm „3 mal 40 Prozent“** entwickelt: Staatsquote, Spitzensteuersatz und Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollen schrittweise auf jeweils unter 40% sinken bzw. begrenzt werden.

Nach Auffassung der beiden Unionsparteien sind Strukturreformen im **Arbeitsrecht** notwendig, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Arbeitnehmer sollen sich sicher fühlen, die Betriebe flexibler sein, um Krisenzeiten überstehen zu können. Zu dieser neuen Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit gehört für CDU und CSU u.a. eine flexiblere Personalpolitik durch verbesserte Rahmenbedingungen für Zeitarbeit und die vertragliche Befristung von Arbeitsverhältnissen. Den generellen Rechtsanspruch auf Teilzeit wollen sie abschaffen und auf Zeiten der Kindererziehung und Pflege begrenzen.

Die Chancen der **Mitbestimmung** sollen durch ein besseres und moderneres Betriebsverfassungsgesetz geschaffen werden, das Einstellungs Hindernisse beseitigt und die Vielfalt der Arbeitnehmer-Interessen wahrt. Die Größe der Betriebsräte und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte sollen geprüft werden.

Außerdem fordert die Union eine tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Neben Lohn und Arbeitszeit sollen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden. Den Tarifparteien soll zur Sicherung der **Tarifautonomie** jedoch ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.

Nach dem Willen der Union sollen Staat und Gesellschaft die Empfänger von Sozialtransfers fördern und fordern. Ein Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik müsse darauf liegen, arbeitsfähige Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Dafür soll die individuelle Förderung in neuen Job-Centern ausgebaut werden. Arbeits- und Sozialämter müssen zusammenarbeiten, um eine flexible Förderung aus einer Hand zu ermöglichen.

Die **Bundesanstalt für Arbeit** soll dezentralisiert und gestrafft werden, wobei in den Arbeitsämtern die Kernaufgabe Arbeitsvermittlung gestärkt und durch mehr Wettbewerb mit privaten Anbietern die Vermittlungsleistung verbessert werden soll.

Die Union tritt ein für bessere Rahmenbedingungen zur **Ver-einbarung von Familien- und Erwerbsarbeit**; für mehr Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen während der Familienzeit sowie mehr Hilfestellungen beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach der Familienphase. Sie wollen ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot.



„Im Zentrum einer solidarischen Reformpolitik muss die Orientierung am Ziel einer Vollbeschäftigung neuen Typs stehen, die für alle die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten ermöglicht.“

Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nach Auffassung der Bündnisgrünen eine Verbes-

serung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Deshalb stehen sie für eine Konsolidierung der Haushalte, eine Steuerentlastung der kleinen und mittleren Unternehmen, eine Senkung der Lohnnebenkosten und für den Ausbau von Bildung und Forschung. Durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt sollen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt geschlagen werden, so u.a. durch gezielte Lohnkostenzuschüsse und ein befristetes Einstiegsgehalt für Langzeitarbeitslose. Individuelle Eingliederungspläne sollen nach dem Konzept „Fördern und Fordern“ ausgebaut werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN hält außerdem die Gründung von Transfergesellschaften bei Personalabbau sowie die praktische Anwendung von Jobrotation, Jobsharing und Lebensarbeitszeitkonten für notwendig.

Einsetzen will sich die Partei auch für eine flexible und sozialverträgliche **Arbeitszeitpolitik**, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnet und eine breitere Verteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht. So soll die Nutzung von Überstunden zum Freizeitausgleich über Arbeitszeitkonten, zu Sabbaticals, zur Qualifikation, zu Erziehungsarbeit oder zur Erholung ermöglicht werden. Teilzeitarbeit soll gefördert werden, indem die Altersteilzeit mittelfristig zu einem fünfjährigen, altersunabhängigen Förderanspruch umgewandelt wird.

Eine neue **Arbeitsvermittlung** soll effektiv und schnell auf die Bedürfnisse von Arbeitslosen und Unternehmen reagieren.

Eine bessere **Vereinbarkeit von Kindern und Beruf** soll durch bedarfsgerechten Ausbau kostengünstiger Betreuungsangebote für alle Kinder von 0-14 Jahren gefördert werden. Dafür veranschlagen Bündnis 90/DIE GRÜNEN fünf Milliarden Euro pro Jahr.



„Wirtschaftspolitische Aufgabe Nr. 1 ist für die FDP die Bekämpfung der

unerträglich hohen Arbeitslosigkeit.“

Steuersenkungen halten die Liberalen für das beste Beschäftigungsprogramm. Sie sollen durch einen neuen **Einkommensteuer-Stufentarif** erreicht werden: Einkommensteile bis zu 7.500 Euro sollen steuerfrei gestellt sein, der Spitzensteuersatz bei 35 % liegen.

Nach Auffassung der FDP leidet der deutsche Arbeitsmarkt unter zu geringem wirtschaftlichen Wachstum, unter strukturellen Defiziten und seiner Inflexibilität. Dem wollen die Freidemokraten entgegenwirken durch die Lockerung des **Kündigungsschutzgesetzes** und die Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Die verschärfte **Tarifbindung** im zweiten Beschäftigungsjahr soll zurückgenommen und die Befristung von Arbeitsverträgen (Ausdehnung auf 4 Jahre) erleichtert werden. Den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit will die FDP abschaffen. Mit einem pauschal besteuerten, sozialversicherungsfreien 630-Euro-Job soll die Möglichkeit geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse wieder eingeführt werden.

Der **Flächentarifvertrag** hat nach Ansicht der FDP ausgedient: Die Tarifparteien sollen sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu setzen, innerhalb derer Entscheidungen über Arbeitsentgelt und -zeit auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Daher will die FDP die **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen** abschaffen, das Günstigkeitsprinzip verändern und die Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz aufheben.

Die Vermittlung und Beratung von Arbeitsuchenden will die FDP soweit wie möglich privatisieren. Mittelfristig soll die **Bundesanstalt für Arbeit** in eine reine Versicherungsanstalt umgewandelt werden, die auch Vermittlungsgutscheine ausgibt. Die zehn Landesarbeitsämter möchte die FDP abschaffen.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** soll durch ein brei-

teres und flexibleres Angebot an staatlichen und privaten Kinderbetreuungsplätzen erleichtert werden. Dazu soll ein 5-Jahres-Programm aufgelegt werden, in das Bund und Länder jeweils 500 Millionen Euro jährlich einzahlen, um die Infrastruktur und das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu verbessern.



„Ohne Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, ohne eine Politik mit dem Ziel neuer Vollbeschäftigung wird es nicht gelingen, den Sozialstaat wirksam zu erneuern und zu einer nachhaltigen, sozialökologischen Entwicklung der Gesellschaft überzugehen.“

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit will die PDS die Wirtschafts- und Strukturförderung strikt an Beschäftigungsziele koppeln. Durch öffentliche Zukunftsinvestitionen soll die Massenkaukraft erhöht und die Binnenfrage gestärkt werden, damit neue existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden können. Neue Arbeitsplätze sollen auch in einem **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** entstehen, in dem gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten mit öffentlicher Finanzierung vorwiegend von gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Trägern geleistet werden.

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit soll außerdem die Verringerung der regelmäßigen **Arbeitszeit** bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich beitragen und eine Initiative zur Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden, durch die der Überstundenabbau beschleunigt werden soll. Initiativen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit will die PDS nur unterstützen, wenn sie ausschließlich der Zeitsouveränität der Beschäftigten dienen.

Auch nach der Reform des

BUNDESTAGSWAHL 2002

Betriebsverfassungsgesetzes sieht die PDS in diesem Bereich einen Weiterentwicklungsbedarf. Sie möchte den Anti-Streikparagrafen beseitigen, das Tarifvertragsgesetz reformieren und Vorschläge zur Sicherung der **Mitbestimmung** auf Unternehmensebene einbringen.

Einen Dialog zwischen Politik und Tarifvertragsparteien befürwortet die PDS, hält aber eine Einbeziehung der Organisationen der Arbeitslosen für unverzichtbar und setzt sich energisch für eine Verteidigung der **Tarifautonomie** ein.

Zur besseren **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sollen alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf ein institutionell und öffentlich gefördertes ganztägiges Betreuungsangebot bzw. öffentlich geförderte Freizeitgestaltung haben. Außerdem möchte die PDS ein Gesetz vorlegen, das Freistellungszeiten mit Lohnersatzleistung und Grundsicherung für Mütter und Väter vorsieht, die zeitlich über die ersten 14 Lebensjahre eines Kindes verteilt werden können

Soziale Sicherungssysteme



„Aber nachhaltige Politik ... ist auch erforderlich für die dauerhafte Stabilität des Wohlstandes, für die langfristige Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, für die Sicherung von Freiheit und Frieden.“

Die Jungen treten später ins Erwerbsleben ein, die Älteren

scheiden früher aus. Diese Tendenz soll umgekehrt werden. Das tatsächliche **Renteneintrittsalter** soll mittelfristig über die heute durchschnittlich gut 59 Jahre hinaus wieder in Richtung der gesetzlichen Altersgrenze verändert werden.

Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens soll nach Auffassung der SPD erhalten bleiben: Solidarität zwischen Gesunden und Kranken; ebenso die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Eine Zweiklassen-Medizin wird ausgeschlossen. Aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit und der

demografisch bedingten Veränderungen wollen die Sozialdemokraten den Kreis der gesetzlich Versicherten verbreitern: Die Versicherungspflichtgrenze für neue Mitglieder der **Gesetzlichen Krankenversicherung** soll angepasst werden, bei der Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung sind keine Änderungen vorgesehen. Zukünftig sollen bevorzugt Systeme der integrierten Versorgung aufgebaut, die Prävention ausgebaut (u.a. nationales Herz- Kreislaufprogramm, Anti-Tabakprogramm, Früherkennungsprogramm für Krebserkrankungen) und auf freiwilliger Basis ein Gesundheitspass eingeführt werden.

Eine Neuordnung im Bereich der **Sozial- und Arbeitslosenhilfe** scheint der SPD unverzichtbar. Allerdings soll es im Rahmen der Reform keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau geben. Doch soll die Sozialhilfe zu einer aktivierenden, fallbezogenen Dienstleistung weiterentwickelt werden, wobei das sozialstaatliche Existenzminimum nicht zur Disposition steht. Gleichzeitig soll auch niedrig entlohnte Beschäftigung für Arbeitnehmer attraktiv und für Arbeitgeber bezahlbar sein. Dazu soll nach einer Erprobungsphase die bundesweite Nutzung des „Mainzer Modell“ beitragen, in dem Sozialversicherungszuschuss und Kindergeldzuschlag Anreize zur Arbeitsaufnahme im Einkommensbereich von 325 bis 800 Euro geben.

CDU

„In den sozialen Sicherungssystemen muss vielmehr durch eine neue Balance von Eigenverantwortung, privater Risikovorsorge und Solidarität die Ausgaben- dynamik gedrosselt werden.“

Die **Rentenreform** soll erneut auf den Prüfstand gestellt und korrigiert werden: Die Rente

muss Alterslohn für Lebensleistung sein und bleiben. Das Grundsicherungsgesetz darf nicht in Kraft treten. Auch bei den drei Säulen der Alterssicherung soll eine neue Balance erreicht werden: Die kapitalgedeckten Elemente der betrieblichen und privaten Vorsorge sollen einen höheren Stellenwert erhalten, die gesetzliche Rentenversicherung soll tragende Säule bleiben. Nach Auffassung der Unionsparteien kann sie durch die Bekämpfung der viel zu hohen Arbeitslosigkeit und die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit abgesichert werden. Dazu soll das tatsächliche Renteneintrittsalter wieder stärker dem gesetzlichen angenähert und die Regelaltersgrenze durch Wahlmöglichkeiten der Versicherten flexibler gestaltet werden. Auch eine Reform der Hinterbliebenenrente ist vorgesehen, da CDU und CSU die Wahl zwischen „Rentensplitting“ und „Hinterbliebenenrente“ ablehnen.

Auch künftig sollen alle medizinisch notwendigen Leistungen durch die **Gesetzliche Krankenversicherung** gewährt werden. Die Versicherten sollen allerdings eine größere Wahlfreiheit über den Umfang ihres Versicherungsschutzes erhalten. Entlastet werden soll die Gesetzliche Krankenversicherung durch die Verbesserung und den Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung, die Einführung von Patientenquittungen und einer „intelligenten Versichertenkarte“, um auf freiwilliger Basis und unter Berücksichtigung des Datenschutzes unnötige Doppelleistungen zu vermeiden.

Nach Auffassung der Union ist es zumutbar, dass der arbeitsfähige Empfänger von **Sozialtransfers** zuerst nachprüfbar zeigt, dass er sich wirklich ernsthaft um Arbeit bemüht hat.

Der Einstieg in eine soziale



„Wir wollen die Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen weiter

entwickeln. Das ist ein Schritt zur Beitragsgerechtigkeit und zur Senkung der Lohnnebenkosten.“

Grundsicherung, die weitgehend pauschaliert ausgezahlt werden soll, ist für die Bündnisgrünen eines ihrer zentralen Reformprojekte für die nächsten vier Jahre. Dafür sollen die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe an einer Stelle zu einem neuen Leistungssystem zusammengeführt werden.

Zur Weiterentwicklung der Sozialversicherungen gehört für Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten, die Anhebung der Bemessungsgrenzen sowie die Einbeziehung von Einkünften aus Nichterwerbsarbeit – etwa aus Vermietung, Verpachtung oder Kapitaleinkünften. Durch Strukturreformen innerhalb der sozialen Sicherungssysteme sollen die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 % gesenkt werden.

Die steuerliche Gleichbehandlung von Alterseinkünften soll unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Eigenschaften der verschiedenen **Altersversorgungssysteme** durchgesetzt werden. Ziel dabei sei die vollständige Steuerfreistellung der Sozialversicherungsbeiträge in Verbindung mit einer konsequenten nachgelagerten Besteuerung.

Das präventiv orientierte Gesundheitswesen soll solidarisch finanziert bleiben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Weg in die Zweiklassenmedizin ab. Der Kreis der Versicherten soll vergrößert werden, so dass die solidarische Krankenversicherung mittelfristig zu einer echten beitragsgerechten Bürger- und Bürgerinnenversicherung wird, in der alle versichert sind. Vorrangig gesellschaftliche Aufgaben, die bisher von der **Gesetzlichen Krankenversicherung** getragen wurden, sollen über eine Steuerfinanzierung gesichert werden.



„Wegen der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und der demografischen Entwicklung müssen die Systeme der sozialen Sicherung den veränderten Gegebenheiten angepasst werden.“

Ziel der FDP ist es, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, durch Transparenz und Vereinfachung für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und die Beitragslast dauerhaft unter 40 % zu senken. Dafür seien echte Strukturreformen notwendig: Die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme soll sich an dem Grundsatz **Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung** orientieren. Es soll der freien und individuellen Entscheidung eines jeden Bürgers überlassen sein, wie und wo er dieser Versicherungspflicht für die großen Risiken nachkommt. Außerdem sollen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise vom Beschäftigungsverhältnis gelöst werden.

Eine längere Lebensarbeitszeit will die FDP in erster Linie durch früheren Berufsbeginn möglich machen. Bei einem **Rentenbeginn** vor 65 Jahren sollen für Männer und Frauen gleiche versicherungsmathematisch korrekt ermittelte Abschläge, bei einem späteren Rentenbeginn entsprechende Zuschläge gelten. Die private Vorsorge soll nach und nach die gesetzliche Rentenversicherung so weit ersetzen, dass die Altersvorsorge zu etwa 50 % auf der privaten und betrieblichen Vorsorge beruht. Im Gegenzug soll die Rentenversicherung zu einer beitragsfinanzierten Grundsicherung umgebaut werden. Mit einer solchen Reform soll auch eine Reform der Beamtenversorgung einher gehen. Für Alterseinkünfte soll die nachgelagerte Besteuerung gelten.

Auch die Gesundheitsversorgung soll nach Auffassung der FDP der Markt mit seiner Vielfalt der handelnden Personen

und seiner Flexibilität optimieren. Die Tarifgestaltung in der **Gesetzlichen Krankenversicherung** soll flexibler werden. Versicherte sollen Tarife mit unterschiedlichen Optionen (Selbstbehalte und Selbstbeteiligungen) abschließen. Eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenze sowie die Ausdehnung der Beitragsbemessung auf weitere Einkunftsarten lehnt die FDP ab.

In der **Arbeitslosenversicherung** will die FDP einem strengeren Versicherungsprinzip Geltung verschaffen und die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate festsetzen. Langfristig sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4,5 % gesenkt werden.

Für notwendig hält die Partei außerdem ein Transfer-System, das auch im Niedriglohn-Sektor Arbeitsanreize erhält und Brücken in neue Beschäftigung baut. Durch das von der FDP vorgeschlagene Bürgergeld, bei dem nur teilweise Erwerbseinkommen auf Sozialleistungen angerechnet wird, können trotz niedrigen Lohnes oder geringer Stundenzahl bisher arbeitslose Leistungsempfänger ihr Auskommen sichern und gegenüber der Nicht-Erwerbsfähigkeit verbessern. Zu diesem Zweck soll die Arbeitslosenhilfe vollständig mit der Sozialhilfe zu einem System mit einer Leistung, mit klaren Zuständigkeiten, eingeleisteten Verfahren und schlanker Verwaltung zusammengefasst werden. In diesem Bereich will die FDP auch dem Gegenleistungsprinzip mehr Geltung verschaffen und die vorhandenen Sanktionsmechanismen straffer und stärker anwenden: In Zukunft muss der Sozialhilfeempfänger darlegen, dass er nicht arbeitsfähig ist.

PDS

„Soziale Sicherheit bleibt für die PDS eine unverzichtbare eigenständige Aufgabe in einem demokratischen Staat.“

Grundsätzlich hält die PDS an ihrem Ziel fest, eine einheitliche bedarfsorientierte soziale **Grund-**

sicherung als Fundament des sozialen Sicherungssystems einzuführen. In ihr sollen die Ansprüche an verschiedene Sozialleistungseinrichtungen unbürokratisch zusammengeführt werden.

Um die Leistungsfähigkeit der sozialen Systeme zu erhalten, stellt die PDS die Erneuerung des Solidarprinzips in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Es soll gegenüber dem reinen Leistungs- und Äquivalenzprinzip gestärkt werden. Außerdem sollen die Beiträge auf einer breiten solidarischen Basis erhoben werden durch die Einbeziehung der Beamten, Selbständigen, Freiberufler, Abgeordneten. Parallel bestehende Sicherungssysteme sollen integriert und alle Einkommen in die Versicherungspflicht einbezogen werden.

Die PDS setzt sich ein für eine Verbesserung der Leistungen der gesetzlichen **Rentenversicherung**, die Einführung einer Rente nach Grundbetrag für langjährig Versicherte, den Ausbau der eigenständigen Alterssicherung für Frauen und die Beibehaltung des Renteneintrittsalters. Neben der gesetzlichen Rente soll die betriebliche Altersvorsorge zur vorrangigen Sicherungsform und in Betriebs- und Branchenverbänden obligatorisch werden.

In der **Krankenversicherung** möchte die PDS die Versicherungspflichtgrenze auf die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung anheben, das sozialstaatliche Prinzip und die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens erhalten und den Wettbewerb um medizinische Qualität fördern. In unausgeschöpften Potenzialen, Prävention und Gesundheitsförderung sieht sie wichtige Ansatzpunkte für eine Reform.

In der **Arbeitslosenunterstützung** plädiert die PDS für eine Wiederherstellung der solidarische Einheit für alle Arbeitslosen. Sie möchte zusätzlich in der Arbeitslosenunterstützung eine steuerfinanzierte Grundsicherung einführen, mit der die lohnbezogenen Leistungen aufgestockt werden, wenn sie unter dem soziokulturellen Existenzminimum liegen.

Grundsätzliche programmatische Überlegungen, ausführliche Darstellungen zu bisher geleisteter Regierungsarbeit und Kritik am politischen Gegner können in der Auswertung nur am Rande eine Rolle spielen und einen Anspruch auf Vollständigkeit können wir aus Platzgründen nicht erheben.

Wer sich umfassender informieren will, gelangt über die Homepage der GdP auf eine umfangreichere Auswertung der Parteiprogramme sowie auf eine Synopse, die den Vergleich der einzelnen Positionen erleichtern soll:
www.gdp.de

Die Redaktion

Unsere Anzeigenabteilung hatte allen Bundestagsparteien kostenpflichtige Werbe-Möglichkeiten vor der Bundestagswahl 2002 in DEUTSCHE POLIZEI angeboten. Die PDS hat das Angebot angenommen.

Anzeige

Gezielt gefragt – Antworten der Parteien auf GdP-Fragen

Es ist wahrhaftig nicht leicht, die Positionen der Parteien im toben den Wahlkampf zu überschauen. Um unseren Mitgliedern noch ein wenig mehr Orientierung an die Hand zu geben, bat der GdP-Bundesvorstand der im Bundestag vertretenen Parteien, kurz ihre Positionen zu Themen zu formulieren, die besonders für Polizeibeschäftigte von Interesse sind. Die Antworten auf unsere Fragen sind jedoch teilweise so umfangreich ausgefallen, dass wir daraus in Deutscher Polizei weitestgehend zitieren, den vollen Wortlaut aus Platzgründen allerdings nicht abdrucken können. Die vollständige Fassung – auch die Antworten zu den Themen Gesundheitsreform und Gleichstellungspolitik/Familienpolitik – ist unter www.gdp.de zu finden.

1. Innere Sicherheit als Staatsaufgabe

GdP: *Wie stehen Sie zum Gesichtspunkt der staatlichen Verantwortlichkeit für die Gewährleistung der inneren Sicherheit?*

SPD Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen, Gewalt und Extremismus war und wird eine zentrale Aufgabe unserer Innenpolitik bleiben. Nur wer entschlossen gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgeht, kann Freiheit und Demokratie garantieren. Für uns Sozialdemokraten ist Sicherheit ein Bürgerrecht. Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Kriminalität sinkt und gleichzeitig steigt die Aufklärungsrate. Das ist vor allem ein Verdienst unserer Polizei, die engagierte Arbeit leistet und für deren aufgabengerechte Ausstattung immer wieder neu gesorgt werden muss.

Wir haben die Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung kontinuierlich seit 1998 erhöht.

CDU Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse der Menschen. Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und innere Sicherheit zu gewährleisten.

 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist selbstverständlich eine Staatsaufgabe. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, besonders der Schutz vor Gewalt, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaats. Der Erhalt und Ausbau des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland ist Ziel unserer Sicherheits- und Innenpolitik.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit darf nicht zur Discount-Veranstaltung verkommen. Sie muss auch in Zukunft gut ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten überlassen bleiben.



Wer innere Sicherheit fordert, sollte auch für eine gut ausgebildete, gut ausgestattete und gut bezahlte Polizei sorgen. Auf unserem Foto eine Polizistin Mitte Juli während einer nächtlichen Verkehrskontrolle auf der Autobahn 24.

FDP In Sicherheit zu leben, ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet den Staat, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen und die notwendigen Sicherheitsleistungen für den Bürger andauernd zu sichern.

Das staatliche Gewaltmonopol ist für die FDP Kernelement des Rechtsstaates. Es ist die stärkste Garantie für eine möglichst gewaltlose Gesellschaft. Ein Rechtsstaat kann nur effektiv reagieren, wenn er über die inzwischen zum Standard gehörenden technischen Mittel verfügt. Eine der Säulen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Rechtsstaat ist unsere Polizei in Bund und Ländern. Die FDP möchte auf der einen Seite in Bund und Land eine Polizei, die besser ausgebildet, organisiert, besoldet und moderner ausgestattet wird. Gleichzeitig fordert sie eine Polizei, die sich auf die Kernaufgaben konzentriert. Die wichtigste Kernaufgabe ist dabei der Schutz der Bürgerrechte.

Die FDP erteilt auch weiterhin allen Überlegungen eine Absage, polizeiliche Befugnisse auf private Sicherheitsunter-

nehmen zu übertragen. Zur Entlastung der Steuerzahler müssen aber die Kosten eines Einsatzes zum Schutz und zur Bewachung von privatwirtschaftlichen Großveranstaltungen soweit wie möglich zu Lasten des Veranstalters gehen.

Die FDP lehnt einen Einsatz der Bundeswehr zum Schutz der inneren Sicherheit ab.

PDS Öffentliche Sicherheit bedeutet, Demokratie und Freiheitsrechte zu stärken. Menschen verschiedener Herkunft und Kultur müssen als gleichwertig anerkannt und der interkulturelle Dialog, die interkulturelle Bildung auf allen Ebenen gestärkt werden. Und zur öffentlichen Sicherheit gehört auch, dass man die Ursachen begreift und bekämpft, warum sich Menschen von dieser Gesellschaft abwenden, warum sie Straftaten begehen.

Es ist widersinnig, die Mittel für sozialen Wohnungsbau, für Gemeindezentren, für aktive Sozialarbeit, für Investitionen in den sozialen Zusammenhalt zu kürzen, um die daraus entstehenden sozialen Folgen polizeilich zu bekämpfen. Eine Politik öffentlicher Sicherheit fängt nicht bei der Verfolgung von Kriminalität an, sondern bei ihrer Verhinderung und Prävention.

Die PDS will die Arbeit der Polizei auf die Probleme konzentrieren, die auch mit polizeilichen Mitteln zu lösen sind. Dafür brauchen wir eine bürgernahe, für alle ansprechbare, demokratisch strukturierte Polizei. Die Polizistinnen und Polizisten müssen anständig bezahlt und gut ausgebildet werden. Wir wenden uns entschieden gegen die Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben.

2. Angleichung Ost

GdP: *Zwölf Jahre nach der Einigung klafft noch immer eine*

Lücke von 10 Prozentpunkten gegenüber dem westdeutschen Niveau bei der Einkommenssituation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Nach Vorstellung der GdP muss bei der nächsten Tarifrunde die Einheit Deutschlands auch einkommensmäßig verankert werden.

Teilen Sie diese Ansicht? Werden Sie sich dafür einsetzen?

SPD Es gibt nach wie vor ein unterschiedliches Lohnniveau in West- und Ostdeutschland. Lohnanpassung muss zwar auch mit der Produktivität in Einklang stehen, damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen, aber die Menschen in Ostdeutschland haben auch die

programm haben CDU und CSU bereits festgeschrieben, dass bis zum Jahr 2007 im öffentlichen Dienst des Bundes eine Angleichung der Besoldung und der Tarife erfolgen muss. Für die Länder müssen bei Besoldungs- und Zulagenregelungen Öffnungsklauseln zugelassen werden, damit leistungsorientiert, flexibel und der wirtschaftlichen Lage entsprechend bezahlt werden kann.

Die Bündnisgrünen setzen sich dafür ein, dass die Tarifpartner möglichst bald einen konkreten Fahrplan für die endgültige Angleichung für den öffentlichen Dienst vereinbaren. Darüber könnte bereits bei den nächsten Tarifverhandlungen gesprochen werden.



Das Thema Tarifangleichung Ost-West ist so alt wie die deutsche Einheit. Proteste gegen die „Salami-Taktik“ gab es unter anderem vor gut zwei Jahren vor dem Finanzministerium in Magdeburg, wo rund 11.000 Gewerkschaftsmitglieder die Tarifangleichung einforderten.

berechtigte Erwartung, dass sich diese Schere in den nächsten Jahren schließt. Wir wollen daher auch im öffentlichen Dienst bis 2007 den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen.

CDU Eine zeitlich überschaubare Perspektive für die Angleichung der Einkommensverhältnisse muss Bestandteil des Leitbildes für den Osten sein. Im gemeinsamen Regierungs-

FDP Die FDP setzt sich für eine klare zeitliche Perspektive ein, die Ostbezahlung an das Westniveau im öffentlichen Dienst anzuheben; mindestens eine jährliche Anhebung bis 2007 erscheint finanzierbar.

PDS Seit Jahren setzt sich die PDS dafür ein, dass auch bei der Besoldung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Grundsatz gilt: glei-

cher Lohn für gleiche Arbeit. Dies muss unabhängig davon gelten, ob die Menschen in Ost- oder Westdeutschland beschäftigt werden. Eine sofortige Angleichung würde viel Geld kosten. Aber für kleine Schritte finden sich auch die Gelder, wenn man es denn politisch will.

3. Besoldung

GdP: In den vergangenen Jahren sind die Tarifergebnisse nicht mehr unverändert auf die Besoldung übernommen worden. Das bedeutet, dass der Beamtenbereich gegenüber dem Tarifbereich zunehmend benachteiligt wird. Beabsichtigen Sie, wieder zur Praxis der unveränderten zeit- und inhaltsgleichen Übernahme der Tarifergebnisse auf die Besoldung zurück zu kehren?

SPD Wenn es auch keine Automatik gibt und der Gesetzgeber bei der Anpassung von Besoldung und Versorgung frei ist, wird das Tarifergebnis für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes weiterhin Grundlage und Leitziel der allgemeinen Erhöhungen für die Beamtinnen und Beamten sein. Die Anknüpfung an die tariflichen Erhöhungen sichert eine gleichgerichtete Entwicklung der Bezüge für alle Statusgruppen im öffentlichen Dienst. Damit werden wir ganz im Sinne unseres Regierungsprogramms 2002 - 2006 „ERNEUERUNG und ZUSAMMENHALT“ die Einheit des öffentlichen Dienstes und vor allem den Zusammenhalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen stärken. Wir werden es nicht zulassen, dass die Beamten abgekoppelt werden oder der öffentliche Dienst gespalten wird.

Auf der Grundlage solider Finanzpolitik bieten wir die Gewähr dafür, dass bei der Einkommenspolitik auch künftig ein fairer und vor allem sozial gerechter Interessenausgleich zwischen den berechtigten Ansprüchen der Beamtinnen und Beamten

auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung und den finanziellen Verhältnissen der öffentlichen Haushalte erzielt wird.

CDU Mit dem Antrag „Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst - Tarifergebnis auf Beamte übertragen“ (Bundestagsdrucksache 14/3772) sowie dem anschließend dazu vorgelegten Gesetzentwurf (14/4247) hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Zusage der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung einzulösen versucht. Die Union will auch in der kommenden Wahlperiode für eine Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst eintreten.

Die Praxis der verzögerten Übernahme der Tarifergebnisse auf die Besoldung wurde von Bündnis 90/Die Grünen immer kritisiert. Darum werden wir uns gegenüber dem BMI verstärkt für die Rückkehr zur alten Praxis einsetzen. Die Tarifergebnisse sind zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung zu übertragen.

FDP Beamte und Versorgungsempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf regelmäßige Anpassung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung (§ 14 Bundesbesoldungsgesetz, § 70 Beamtenversorgungsgesetz). Für die FDP wird dieser Anspruch am besten durch den Grundsatz der Harmonie von Tarif und Besoldung erfüllt. Wir wollen deswegen dazu zurückkehren, dass Tarifverträge für den öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung und -versorgung übernommen werden.

PDS Die Beamtenversorgung muss endlich zukunftsicher und transparent werden. Vorleistungen der BeamtenInnen aus Ost wie West müssen anerkannt werden. Die Einführung der Bezahlung nach Leistungsgesichtspunkten darf

nicht zu einer Frage der möglichen Finanzierbarkeit durch die Bundesländer und somit zu einer Spaltung in reichere und ärmere Länder führen. Die Übernahme von Ergebnissen aus den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf die Beamtenbesoldung wäre hierzu ein Beitrag.

4. Tarifautonomie

GdP: *Sinn des Flächentarifvertrages ist es, zu annähernd gleichen tarifvertraglich vereinbarten Verhältnissen in Deutschland beizutragen. Im öffentlichen Dienst wird dies bislang durch die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden gewährleistet. Halten Sie an diesem Prinzip fest? Beabsichtigen Sie Veränderungen des geltenden Arbeits- bzw. Tarifvertragsrechts?*

SPD Soziale Sicherheit, Teilhabe und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein wesentlicher Grundpfeiler unseres erfolgreichen Sozialstaates. Arbeitnehmerrechte zu erhalten und auszubauen ist deshalb Verpflichtung und Ziel der Sozialdemokraten.

Eine Aufweichung der Tarifautonomie ist mit der SPD nicht zu machen. Die Tarifautonomie und die Flächentarifverträge haben sich bewährt. Die Chancengleichheit der Tarifpartner muss gerade in Tarifauseinandersetzungen gesichert sein.

CDU Ja. (zum ersten Teil der Frage – die Red.) Fragen der Tarifgestaltung bleiben nach Art. 9 unseres Grundgesetzes den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Diese legen auch fest, ob es Tarif- und Verhandlungsgemeinschaften auf der einen oder anderen Seite gibt.

Wir werden den Spielraum für betriebliche Bündnisse für Arbeit erweitern, um in Krisensituationen Arbeitsplätze vor dem Konkurs zu retten. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die

Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie jedoch ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.

Tarifgemeinschaft Die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich bewährt. Flächentarifverträge garantieren den sozialen Frieden. Wir wollen den Flächentarifvertrag erhalten. Veränderungen des Tarifvertragsrechts planen wir nicht.



Pensionskürzungen hinterlassen spürbare Lücken: hier von der Berliner GdP symbolisiert durch abgeschnittene Hosenbeine; die Kolleginnen und Kollegen machten mit dieser Aktion im vergangenen Jahr darauf aufmerksam, dass die Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung nicht für weitere Kürzungen missbraucht werden dürfe. Fotos (3): dpa

FDP Wir planen nicht, die Zuständigkeit des Bundes für die Beamtenbesoldung in Bund und Ländern nach Artikel 74 a des Grundgesetzes aufzugeben oder die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden aufzukündigen. Jedoch sind einzelne Stimmen aus den Ländern nach mehr Selbständigkeit auch im Tarifwesen des öffentlichen Dienstes laut geworden. Aktuelle Haushaltsprobleme eines Landes rechtfertigen es aber nicht, die einheitliche Bezahlung des öffentlichen Dienstes in Deutschland in Frage zu stellen. Dieser Grundhaltung steht nicht entgegen, dass wir für mehr Flexibilität im Bezahlungswesen des öffentlichen Dienstes eintreten.

Wir wollen keine Arbeitnehmerrechte beschneiden. Aber wir wollen auch Chancen eröffnen.

Und wir Liberale wollen auch die Wahrheit sagen: Unsere Arbeitsmarktbedingungen sind nun einmal zu starr und zu unflexibel, um wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen. So ist das deutsche Tarifrecht reformbedürftig.

Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit müssen über eine Ergänzung des Günstigkeitsprinzips legalisiert werden. Wir Liberale vertrauen hierbei den Betriebsräten vor Ort, die in Krisensituationen mit den Betrieben und

durchzusetzen. Eine Neuformulierung des Günstigkeitsprinzips würde die Unterschreitung tariflicher Standards zum Regelfall machen.

Dagegen ist es Absicht der PDS-Fraktion, das Günstigkeitsprinzip zu sichern, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu erleichtern und den Gewerkschaften das Verbandsklagerecht einzuräumen. Mit einem Verbandsklagerecht könnten die Gewerkschaften selbst die Gerichte anrufen, wenn die von ihnen durchgesetzten Tarifverträge gebrochen werden.

5. Alterssicherung

GdP: *Bei der Versorgungsänderung 2001 hat gegenüber der Rentenstrukturreform eine Überkompensierung stattgefunden. Beabsichtigen Sie, diese Überkompensierung wieder rückgängig zu machen?*

Gibt es in Ihrer Partei Pläne, die besondere Altersgrenze für den Polizeivollzugsdienst zu verändern?

SPD Wir haben die Beamtenversorgung für die Zukunft sicher gemacht. Die Eigenständigkeit der Beamtenversorgung und ihre Strukturprinzipien wurden dadurch nicht in Frage gestellt. Eine wirkungsgleiche Reform war jedoch nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern zur Sicherstellung der Finanzierbarkeit des beamtenrechtlichen Systems unabweisbar. Die schon bisher getroffenen und anzuerkennenden Maßnahmen zur Dämpfung des künftigen Kostenanstiegs reichten dafür nicht aus. Unsere Versorgungssysteme müssen zukunftsfest und finanzierbar gestaltet werden. Wir haben aber auch Beamten damit die Möglichkeit eröffnet, an der privaten Altersvorsorge, die durch Zuschüsse gefördert wird, teilzunehmen.

Eine Anhebung der Altersgrenzen ist nicht geplant.

>

CDU Wir wollen erreichen, dass die tatsächliche Lebensarbeitszeit wieder länger wird, indem Ausbildungszeiten verkürzt werden und das tatsächliche Renteneintrittsalter dem gesetzlichen angenähert wird. Wir werden schrittweise die Regelaltersgrenze flexibler gestalten und den Versicherten Wahlmöglichkeiten eröffnen.

Mit der Umsetzung unseres Reformmodells wird die Versorgungsrücklage für die Jahre ab 2003 wieder erhoben. Eine Erhöhung der Versorgungsrücklage ist in diesem Modell nicht vorgesehen.

Für uns bleibt die Versorgungsrücklage jenes Instrument, mit dem Änderungen in der Rentenversicherung wirkungsgleich ins Beamten- und Versorgungsrecht übertragen werden können. Darüber hinaus gehende Sonderopfer lehnen wir ab!

CDU und CSU werden weiterhin dafür eintreten, dass Reformen im öffentlichen Dienst für Beamte und Arbeitnehmer – bei Beachtung der systembedingten Unterschiede – wirkungsgleich vollzogen werden.

Pläne, die besondere Altersgrenze für Polizisten generell anzuheben, bestehen auf Bundesebene nicht.

 Aufgrund der Maßnahmen der Reform der Alterssicherung wird der Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20% und bis zum Jahr 2030 nicht über 22% steigen. Zugleich wird sichergestellt, dass das Rentenniveau bei 67% gehalten werden kann. Eine Änderung der Regelaltersgrenzen steht nicht zur Diskussion.

 Die Renten der Zukunft werden auf drei Säulen aufbauen müssen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge. Die Beiträge der Altersvorsorge müssen für die jüngere Generation (Generationengerechtigkeit) auf einem vertretbaren Maß gehalten und der Aufbau einer privaten kapitalgedeckten Eigenvorsorge durch

Förderung deutlich gestärkt werden.

Staatliche Anreize und steuerliche Freistellung aller Beiträge zur Altersvorsorge sind weitere Bausteine für eine dauerhafte Reform der Altersvorsorge.

Die FDP hält eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit in der Weise für richtig, den Beschäftigten einen früheren Berufsbeginn durch kürzere Bildungs- und Ausbildungszeiten und Aussetzung der Wehrpflicht zu ermöglichen und das durchschnittliche Rentenzugangsalter an das jetzige gesetzliche Rentenzugangsalter heranzuführen.

 Die zu erwartende Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnt die PDS entschieden ab, stattdessen wird vielmehr eine von der Anzahl der Beitragsjahre abhängige flexible Altersgrenze vorgeschlagen.

Zur Verhinderung von Altersarmut schlägt die PDS für Versicherte mit mindestens 30 jähriger Zugehörigkeit einen Grundbetrag von 20 Entgeltpunkten vor. Darüber hinaus soll der Rentenanspruch zumindest auf den Betrag einer bedarfsorientierten Grundsicherung von zur Zeit 741 Euro aufgestockt werden.

Die PDS hält eine Absenkung des Versorgungssatzes im von der Bundesregierung vorgesehenen Umfang allenfalls ab der Besoldungsgruppe A 11 vertretbar, da dies sonst zu sozial unverträglichen Einkommensverlusten in unteren und mittleren Besoldungsgruppen führen würde. So darf das Niveau der sogenannten Mindestversorgung keineswegs unterschritten werden. Bis es zur vollen Angleichung der Bezüge in den neuen Bundesländern kommt, lehnt die PDS dort eine Absenkung des Versorgungssatzes grundsätzlich ab.

Zur besseren Finanzierung der Pensionen ist schrittweise die Eigenbeteiligung der Beamten an der Versorgung auszubauen, so dass bis zum Jahr 2010 2% der Besoldung in eine Versorgungskasse eingezahlt werden. Auf der anderen Seite soll auch der jeweilige Dienstherr 2% in die Versorgungskasse einzahlen, so wird die paritätische Finanzierung ge-

währleistet. Die bereits bestehende Versorgungsrücklage ist in eine Versorgungskasse umzubauen, wobei zu überprüfen ist, ob hierbei ein kapitalgedeckter Anteil sinnvoll wäre.

Pläne, die besondere Altersgrenze für den Polizeivollzugsdienst zu verändern, liegen nicht vor.

6. Zweigeteilte Laufbahn

GdP: Die zweigeteilte Laufbahn in der Polizei ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit umgesetzt.

Welche Auffassung vertreten Sie zur zweigeteilten Laufbahn in der Polizei? Befürworten Sie sie? Und wie beurteilen Sie ggfs. die weitere Umsetzung?

 Jedes Bundesland kann über das Laufbahnmodell „zweigeteilte Laufbahn“ selbst entscheiden. Aus bundespolitischer Sicht sollten wir diesen Entscheidungsspielraum der Länder respektieren, denn sie haben auch die Verantwortung dafür, dass ihre Polizei das höchste Maß an Sicherheit garantiert. Wichtig ist aber auf jeden Fall – und dafür setzen wir uns ein –, dass es für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gute Möglichkeiten des beruflichen Fortkommens gibt. Dazu gehört auch dort, wo keine zweigeteilte Laufbahn eingeführt ist, die gesicherte Perspektive des Aufstiegs vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

CDU Polizei ist überwiegend Ländersache, insofern ist auch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn vor allem aus Landes-sicht zu beurteilen. Bei Einführung der zweigeteilten Laufbahn ist zu beachten, dass künftig auch noch Nichtabiturienten eingestellt werden können, damit keine Nachwuchsprobleme entstehen.

 Kein Zweifel besteht an der Notwendigkeit einer Reform des Laufbahnrechts mit dem Ziel einer Reduzierung von überholten Formalismen und

Hierarchien. Die Zweiteilung der Laufbahn bei der Polizei ist ein wichtiger Teil dieser notwendigen Strukturreformen.

Der Bund selbst hat insbesondere beim Bundesgrenzschutz mit einer tiefgreifenden Reform Zeichen gesetzt.

 Die FDP setzt sich schon seit langem für die zweigeteilte Laufbahn in Bund und Ländern ein. Die zweigeteilte Laufbahn bewertet die polizeiliche Arbeit im Besoldungsgefüge im Verhältnis zu anderen Verwaltungszweigen gerecht und angemessen; sie erhöht die Attraktivität für den Polizeiberuf und verbessert die Qualifikation der Beamtinnen und Beamten für den polizeilichen Einsatz. Länder, die die zweigeteilte Laufbahn eingeführt haben, sollten Vorbild für zurückstehende Länder und den Bund sein.

 Die zweigeteilte Laufbahn in der Polizei wird von der PDS befürwortet. Im Land Berlin tritt beispielsweise die PDS dafür ein, in der Polizei eine Reihe von Aufgaben von Angestellten erledigen zu lassen, die bislang von Vollzugsbeamten wahrgenommen werden. Dies betrifft z.B. den Funk- und Fernmeldedienst in Einsatz- und Steuerungszentralen, Verwaltungsaufgaben in den Dienstleistungsbereichen der Direktionen und Abschnitte. Der Einsatz der Angestellten im Vollzugsdienst sollte primär im mittleren und einfachen Dienst erfolgen und damit auch Perspektiven für die zweigeteilte Laufbahn aufzeigen.

Der gesamte GdP-Fragenkatalog und der vollständige Wortlaut der Parteien-Antworten sind ab 3. September unter www.gdp.de zu finden – einschließlich zu den Themen Gesundheitsreform und Gleichstellungspolitik/Familienpolitik.

Die Redaktion